ZECK

kost nix

Das Flora Info

Nummer 14, Mai 1993

TAG



(höchstwahrscheinlich am 13.Mai)

4 Tage vor der Bundestagsentscheidung:
großes Plenum in der Flora



Inhalt

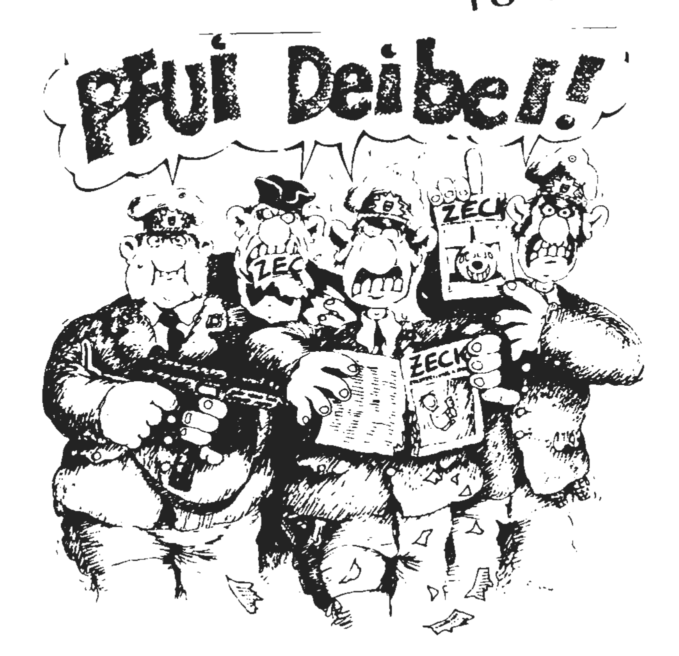
KONTAKTADRESSE:

ZECK
c/o ROTE FLORA
SCHULTERBLATT 71
2000 HAMBURG 36

Bisher hat uns keine neue Information zu den Plänen des Senats die Rore Flora betreffend erreicht.
Über Umwege haben wir erfahren, daß Traute Müller geäußert hat, eine Sanierung des Gebäudes sei erheblich teurer als Abriss und Neubau. Das Substanzgutachten der Steb soll Anfang Mai fertig sein und damit Flora Mitte/Ende Mai Thema im Senat.
Nochmal zur Erinnerung:
AM TAG DER SENATSENTSCHEIDUNG ÜBER FLORA IST UM 18 UHR TREFFEN IN DER FLORA, UM GEGEN EINE NEGATIVENTSCHEIDUNG AKTIONEN ZU MACHEN!!!

Am Tag der Senatsentscheidung zur Flora: 18 Uhr Treffen in der Flora





IM ZECK-ORDNER BEFINDEN SICH IN DIESEM MONAT FOLGENDE TEXTE:
Ein Beitrag von den Autonomen KommunistInnen Marburg, der sich mit der neuen Rolle der Bundeswehr befaßt. Diesen Text konnten wir aus Platzgründen leider nicht abdrucken. Wir finden ihn aber ziemlich wichtig, da er ein Thema behandelt, was trotz seiner Bedeutung (Aufstieg der BRD zur imperialistischen Militärgroßmacht) in der radikalen Linken nur wenig diskutiert wird.
Weiter:
- Konzeptpapier zur antifaschistischen und antirassistischen Tournee "Etwas besseres als die Nation"
- Flugblatt der "Initiativgemeinschaft Karoline", in dem ein Teil eines offenen Briefes der "IG Nachbar" dokumentiert wird. (siehe auch Artikel zum Karoviertel in dieser Ausgabe)



Nummer 14, Mai 1993

ALK IN DER FLORA

Im folgenden dokumentieren wir ein Flugblatt "von einigen Menschen aus Gruppen in und um die Flora", die sich gegen den Verkauf von Alkohol aussprechen und die Entscheidungsfindungen und die Strukturen in der Flora kritisieren.
Als Reaktion darauf drucken wir die Stellungnahme eines Menschen aus der Flora ab, die sich mit der Darstellung der Alkoholdiskussion durch die AlkoholgegnerInnen befaßt und den Vorwürfen etwas entgegen setzt.

... mehr als Musik und saufen? -eine Kritik an den Entscheidungsfindungen in der Roten Flora am Beispiel der Alkoholdiskussion

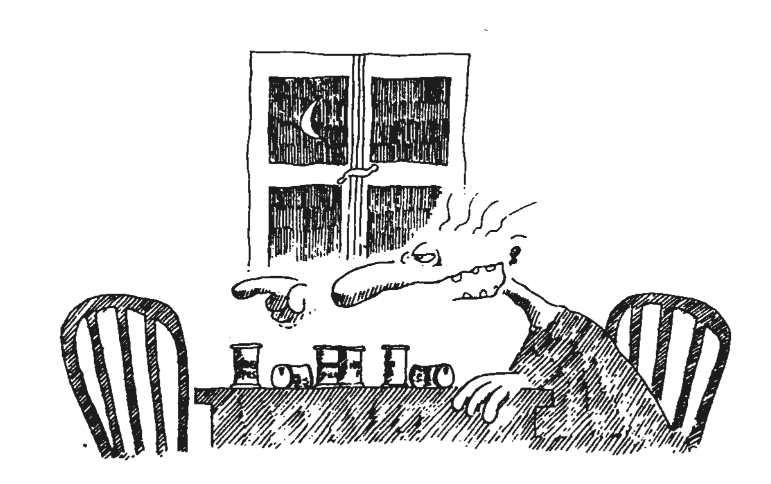
Am 10.03.93 wurde von Teilen des Plenums der Roten Flora beschlossen, daß der Anspruch, in der Flora keine Drogen zu konsumieren, nicht mehr bestehen soll.
Bei Konzerten und noch näher zu klärenden Anlässen wie Disco, Kellerparties etc. soll demnächst Alkohol verkauft werden.

Nicht (nur) die Entscheidung, daß es Alkohol in der Flora gibt, sondern der Weg der diese Entscheidung ermöglichte, ist Anlaß der Kritik am Plenum und dem Umgang miteinander.

Den "ZK-Vorwurf" an das Plenum gibt es schon lange. Daß jedoch ausdrücklich gegen die Position mehrerer Gruppen eine Entscheidung getroffen wurde, ist in dieser Form bis jetzt nicht passiert.
Es geht jedoch nicht um die Anzahl der Menschen, gegen deren Meinung entschieden wurde, sondern um den prinzipiellen Umang mit "Minderheiten" und der Durchsetzung von Interessen vieler/ einiger/weniger gegenüber anderen.

Der Anlaß zu der Alk"diskussion" war die Unzufriedenheit/der Frust in der Veranstaltungsgruppe, die a) nicht in der Lage war und b) keine Lust mehr hatte, die Berge von leeren Bierdosen nach Konzerten wegzuräumen bzw. zu verhindern, daß diese erst entstehen. Teile der Gruppe sprachen sich daraufhin dafür aus, dann lieber selber Alk zu verkaufen, da er sowieso konsumiert würde und bisherige Kampagnen und Versuche, am Alkoholkonsum etwas zu ändern, gescheitert seien; außerdem würde die Flora dann mehr Geld einnehmen. Der Vorschlag, der von einigen Menschen der Veranstaltunsgruppe nicht mitgetragen worden ist, wurde dann auf dem Plenum zur Diskussion eingebracht.
Nachdem klar wurde, daß das Plenum diese Entscheidung nicht ohne Rücksprache der an der Flora beteiligten Gruppen treffen konnte, sollten die einzelnen Gruppen die Frage diskutieren und klären, ob und wie es vorstellbar ist, Alk zu verkaufen. Drei Gruppen sprachen sich gegen den Verkauf/Konsum aus.

Auf dem Plenum vom 24.02. wurde ansatzweise eine inhaltliche Diskussion geführt. Es stellte sich heraus, daß es keine Einigung geben würde. Die Argumente, die gegen den Verkauf/Kosum sprechen, konnten inhaltlich nicht widerlegt werden. Der Vorschlag, inhaltlich etwas zu Alk/Drogen zu erarbeiten, wurde vehement abgelehnt, u.a. mit der Begründung: "Wir wissen doch alle, wie scheiße Alk eigentlich ist" - " wir sind doch nicht im Kindergarten". Zum Schluß wurde vom Großteil jede weitere inhaltliche Diskussion abgelehnt und über den "pragmatischen Umgang" geredet.
Einzelne äußerten, sie würden den Beschluß, daß kein Alk verkauft wird, nicht unterstützen. D.h. sie würden sich nicht an einer Kampagne/inhaltlichen Diskussion beteiligen, solange kein Alk verkauft wird. Die Entscheidung, Alk zu verkaufen, würden sie dagegen z.B. mit Flugis unterstützen, die klären sollen, wie scheiße Alk ist. Die Gruppe Menschen, die keinen Alkverkauf/-konsum wollen, wurde



Eine halbe Stunde, nachdem Karl-Heinz gegangen war, fielen mir die stichhaltigsten Argumente ein.

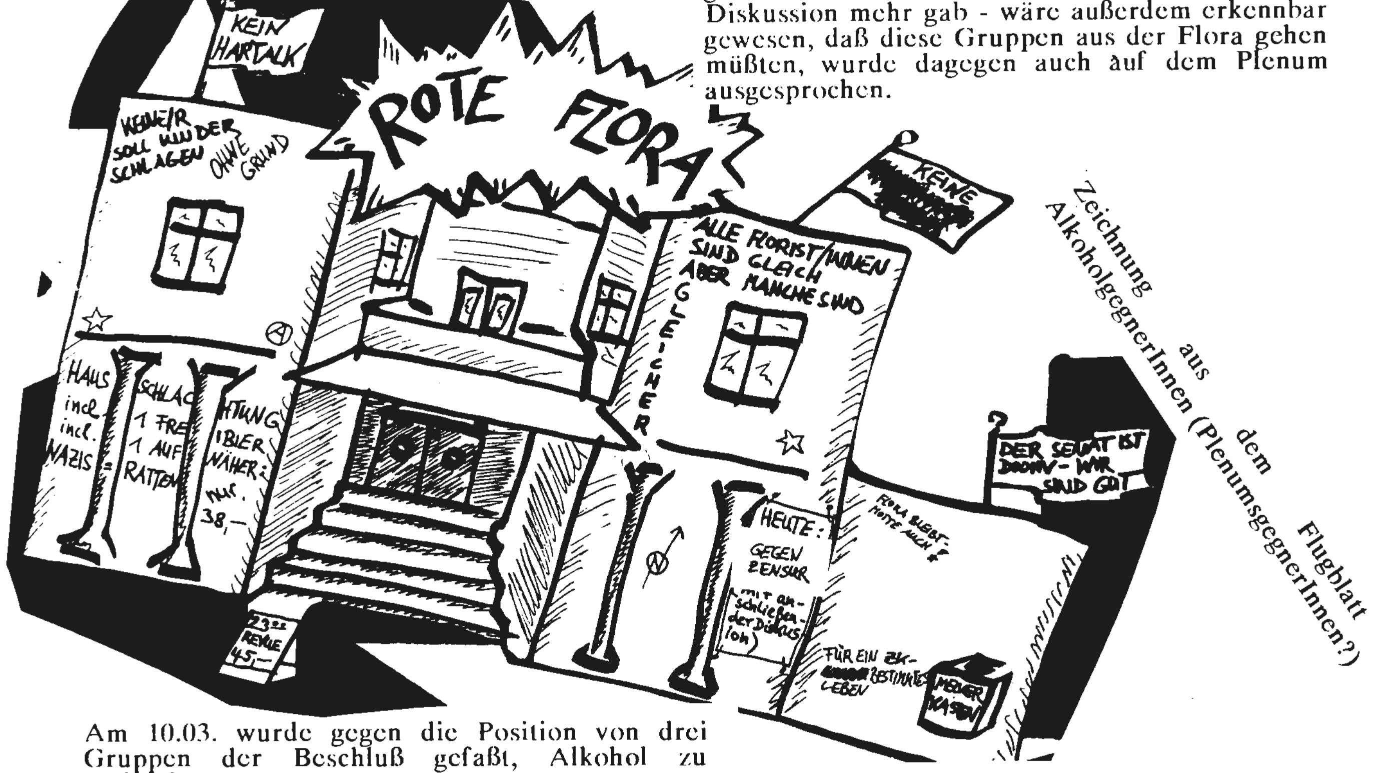


aufgefordert zu erarbeiten, wie sie sich vorstellen, dies umzusetzen.

Auf dem nächsten Plenum (03.03.) ging es mit der Frage weiter, ob sich bei dem jetzigen Stand die Gruppen evtl. anders entschieden hätten. Dies war aber nicht so.
Die Gruppen der AntiAlk"Fraktion" (AAF) waren lediglich durch zwei Delegierte vertreten. Für einen Menschen war dies Anlaß genug, diese als "Putschisten" zu bezeichnen.

Andere warfen ihnen vor: "Ihr zwei haltet das ganze Plenum auf.", wobei immer wieder behauptet wurde, daß Einzelpersonen lediglich "ihre" Gruppen benutzen würden, um ihre Meinung durchzusetzen. Auch wenn diese Äußerungen nur von wenigen gemacht wurden, gab es praktisch keinen Widerspruch. Kritisiert wurde ein Plenum später nur der laute Ton (= Gebrüll), in dem dies vorgebracht worden war. Kritik traf jedoch auch die zwei Vertreter der Gruppen, die sich gegen Alk ausgesprochen hatten - ihre "scheinbare" Ruhe hätte provoziert, wäre Waffe und Druckmittel und rechtfertige das Gebrüll - na prima.

Nochmal zurück zum 03.03. Die "pragmatische Notwendigkeit", Alk zu verkaufen, war in mehreren Punkten auch nicht mehr aufrechtzuerhalten. Es hatten sich Leute bereit erklärt, eine neue Kampange zu versuchen (Flugis, Transparente, open-microphone bei Konzerten); eine Gruppe hatte sich gefunden, die nach Konzerten aufräumen würde und es wollten sich Leute dafür einsetzen, daß der Imbiss an der Ecke keine Dosen mehr verkauft. Dem Argument das Alk, Geld in die Flora bringen würde, wurde entgegengesetzt, daß ein anderes Finanzierungskonzept in Arbeit ist.
Die Delegierten wurden als "Mönche der Flora" dargestellt und es wurde versucht, sie über ihre eigenen Widersprüche mundtot zu machen. Daß auch Tee, Kaffee und Zigaretten Drogen sind und diese ja auch in der Flora verkauft/konsumiert würden, wurde als Argument für Alkohol gesehen. Auf den zwei Plena vorher gemachten Vorschlag, dann auch dies wenigstens zu diskutieren, war nicht eingegangen worden. Weiterhin stellte sich in Einzelgesprächen nach den Plena heraus, daß einzelne zumindest einem Delegierten (vom 24.02.) nicht mehr zuhörten. Aus der "Homogenität" der Gruppenmeinungen (kein Alk!) - deren Unterschiede gar nicht mehr deutlich gemacht werden konnten, da es keine inhaltliche Diskussion mehr gab - wäre außerdem erkennbar gewesen, daß diese Gruppen aus der Flora gehen müßten, wurde dagegen auch auf dem Plenum ausgesprochen.



Zeichnung aus dem Flugblatt der AlkoholgegnerInnen (PlenumsgegnerInnen?)

Am 10.03. wurde gegen die Position von drei Gruppen der Beschluß gefaßt, Alkohol zu verkaufen.
Damit ist nicht nur die Flora ein erklärt alkoholfreier Raum weniger in Hamburg; gleichzeitig wurde ganz offen mit dem Konsensprinzip gebrochen.
Die Struktur des Plenums der Flora, das aus einem bunten Haufen von Einzelpersonen und wenigen Delegierten besteht, die Unfähigkeit/das Verhindern, eine inhaltliche Diskussion zu führen, und die Hierarchie nicht nur zwischen einzelnen, sondern auch unter den Gruppen haben diese Entscheidung möglich gemacht. Jeder Konsens, jedes Prinzip, jede Absprache kann über den Weg, der gegangen worden ist, gekippt werden.

Wir fordern:

- Sofortige Rücknahme des Beschlusses, Alkohol in der Flora zu verkaufen!

- Eine Stellungnahme vom Plenum der Roten Flora, wie ab jetzt Entscheidungen getroffen werden sollen & verhaltet Euch!

einige Menschen aus Gruppen in der und um die Flora

Den Genossinnen Maria Cron und Klara Schnaps gewidmet

I

Freunde, Wasser machet stumm;
Lernet dieses an den Fischen.
Doch beim Weine kehrt sich's um;
Dieses lernt an unsern Tischen.
Was für Redner sind wir nicht;
Wenn der Rheinwein aus uns spricht!
Wir ermahnen, streiten lehren;
Keiner will den anderen hören.

II

Der Beschluß des Floraplenums vom 10.03.93, im eingeschränkten Maß in der Flora auf Konzerten Alkohol zu verkaufen, hat den Unmut einiger "Menschen aus Gruppen in der und um die Flora" hervorgerufen. In ihrem Flugblatt "...mehr als Musik und saufen?" kritisieren sie den Entschluß, vor allem jedoch die damit verbundenen Entscheidungsstrukturen - zumindest soll das die Absicht sein. Doch tatsächlich handelt es sich um Ungenauigkeiten, tendenzieller Darstellung (die sich als klärend ausgibt) und Auslassungen aus der Perspektive beleidigter (Tofu) Würste.

"Den ' ZK - Vorwurf' an das Plenum gibt es schon lange. Das jedoch ausdrücklich gegen die Position mehrerer Gruppen eine Entscheidung getroffen wurde, ist in der Form bis jetzt nicht passiert." heißt es auf Seite 1 des Flugblatts. Das soll wohl erstens heißen, daß die VerfasserInnen diesen ZK - Vorwurf nicht nur kennen, sondern ihn mit den dem Floraplenum bis heute im wesentlichen unbekannten MitstreiterInnen teilen - oder beziehen sie sich auf die Radikale S - Gruppe Hamburg, die auch schon eine Art ZK (V.I.P. Lounge) ausgemacht hat, allerdings in der Frage der Verhinderung von Alkoholgenuß. Das könnte dann zweitens bedeuten, daß der ZK - Vorwurf ein beliebter rhethorischer Totschläger ist, den alle zücken, wenn im Rahmen des Floraplenums Diskussionen nicht ins Weltbild der KritikerInnen passen, z. B. der AlkoholgegnerInnen und AlkoholbefürworterInnen. Schließlich kann das auch nur heißen, daß es ein ZK gibt, das selbstherrlich auch mal die Meinung wechselt.

Nachdem also der ZK - Vorwurf herbeizitiert wurde, behaupten die VerfasserInnen, daß zum ersten mal mit dem Konsensprinzip gebrochen wurde. Dazu muß zunächst festgestellt werden, daß das nicht stimmt: schon während der Verhandlungen sind mehrfach Entscheidungen ohne Konsens getroffen worden (z. B. Müller Rundgang), die Entscheidung für das Finanzierungskonzept wurde ebenfalls gegen den Willen einiger Floragruppen getroffen. Das damals keine Flugblätter veröffentlicht wurden, lag u. U. daran, daß den "Minderheiten" der Unterschied zwischen Konsensprinzip und Vetorecht im Verhältnis zur Kompromißfähigkeit geläufig war. Die VerfasserInnen selbst haben wohl erkannt, daß diese Unterscheidungen, in eine Kritik an den Entscheidungsstrukturen der Flora hineingehören: " es geht nicht um die (...), gegen deren Meinung entschieden wurde, sondern um den prizipiellen Umgang..." - aber wie aus Sicht der VerfasserInnen dieser prinzipielle Umgang durchsetzbar werden soll, bleibt dunkel - das ist besonders mißlich, da das Floraplenum in der Vergangenheit eher den Ruf hatte, Diskussionen bis zum Abwinken durchzuziehen (wegen Konsenzprinzip siehe Vertragsdiskussion 1990-1991!).
"Der Anlaß zu der Alkdiskussion war die Unzufriedenheit / der Frust in der Veranstaltungsgruppe..." glauben die VerfasserInnen zu wissen. Doch damit sind sie Opfer des fehlenden Bewußtseins für die (eigene?) Geschichte geworden: Anlaß für die Alkoholdiskussion war die Entscheidung des (damaligen) Floraplenums vom Oktober 1989, Verkauf und Konsum von Alkohol in der Flora nicht zu dulden. Auslöser war die bevorstehende Besetzung des Gebäudes, darüberhinaus wurde diese Entscheidung auch mit grundsätzlichen Überlegungen zur Rolle von Alkohol und Sucht z. B. in unseren Zusammenhängen begründet und seitdem so vertreten. Die VerfasserInnen erwecken jedoch in ihrem Flugblatt den Eindruck, als wenn der"alkfreie Raum" Flora vom Himmel gefallen wäre und außer ihnen sich noch nie jemand Gedanken dazu gemacht hätte. Da schimmert eine ordentliches Maß Selbstgerechtigkeit durch, die sich durch den Rest des Flugblattes wie ein roter Faden zieht.



"Die Argumente, die gegen den Verkauf/Konsum sprechen, konnten inhaltlich nicht widerlegt werden." (Seite 1) Das ist z. B. ein fabelhafter Nullsatz, denn wer die Diskussion nicht kennt oder miterlebt hat, kann es entweder a) glauben oder b) es nicht glauben. Es hätte das Anliegen der VerfasserInnen gefördert, wenigstens ihre eigenen Argumente zu formulieren und damit zur Diskussion zu stellen (z. B. Utopie einer drogenfreien Gesellschaft).
Statt dessen können die LeserInnen erfahren, daß von " Putschisten" geredet wurde, daß der Vorwurf am 3. März 1993 auf dem Floraplenum geäußert wurde, zwei Menschen hielten das Plenum auf, das mit lautem Gebrüll gegen "scheinbare" Ruhe vorgegangen wurde - jedeR weiß, daß es mindestens zwei Wahrnehmungen von Diskussionsverläufen gibt. Was soll es bringen, wenn nun die einen ihre höchst subjektiven Wahrnehmungen veröffentlichen? Eine Reaktion, in der andere empört berichten, daß ihnen





pauschal ein "Problem mit Alkohol" unterstellt wurde, das Metadonprogramme letztlich ebenfalls als abzulehnende Drogenabhängigkeit qualifiziert wurde?
Bis zum Ende des Flugblatts wird denn ordentlich Stimmung betrieben, um einen dramarturgischen Schlußpukt zu setzen:
"Am 10.03. wurde gegen die Position von 3 Gruppen der Beschluß gefaßt, Alkohol zu verkaufen. Damit ist nicht nur die Flora ein erklärt alkoholfreier Raum weniger in HH; gleichzeitig wurde ganz offen mit dem Konsenzprinzip gebrochen." Vielleicht sehen es die VerfasserInnen nicht als ihre Aufgabe an, aber sie sollten schon dazu stehen, was sie erklärtermaßen auf dem Plenum vom 10.03. akzeptiert haben: wegen der bestehenden Widersprüche ist eine Probezeit von 3 Monaten vereinbart worden; die bestehenden Widersprüche sollen öffentlich auch so benannt werden (also müssen die VerfasserInnen nicht so tun, als wenn sie den geneigten LeserInnen eine ängstlich vertuschte Ungeheuerlichkeit enthüllen: "... ganz offen mit dem Konsensprinzip gebrochen...") und niemandE in der Flora hat beschlossen das nun hemmungslose Besäufnisse starten dürfen: d.h. die Vokü bleibt alkoholfrei, Verkauf von Bier am Extratresen in der Halle während des Konzerts (und nur dann!).

III

"Alle ForistInnen sind gleich aber manche sind gleicher"; " Für ein ZK bestimmtes Leben" ; ein mit dem Aufdruck " gegen Zensur" zensiertes Plakat: auf der Rückseite ihres Flugblatts kommen die VerfasserInnen zum eigentlichen Thema in Form einer Karikatur, die das Floragebäude mit u.a. den zitierten Graffitis zeigt. Seit etwa 2 Jahren hat in der Flora ein Politikstil Einzug gehalten, der schon immer in anderen Zusammenhängen und zu anderen Zeiten nachweisbar war: Vertrauensschwund zueinander, Mißtrauen, gegenseitiges Absprechen der politisch-persönlichen Integrität. Da nennen die einen die anderen "Mönche" oder "ZK", die nächsten halten die Flora für ein Juppieprojekt, in dem verhinderte StudentInnen verbal onanieren, der Hafen ist auf Revikurs und so weiter und so fort. Ein munteres Hauen und Stechen, jeder Vorwand kommt da gerade recht.
Prägend für die Flora war die sogenannte Vertragsdiskussion, wo nicht Menschen mit unterschiedlichen Ansätzen und Herangehensweisen zusammensaßen, sondern " SchmusekurslerInnen mit der SPD" gegen " Hardcore - SektiererInnen" kämpften. Und ganz läßt sich auch bei der bisherigen Diskussion um den Alkohol in der Flora nicht von der Hand weisen, daß das Thema nur Vorwand für eine ganz andere Auseinandersetzung war und ist - was für alle Beteiligten gilt....

Anna Bolika

Eigentlich sollte in dieser Ausgabe ein längerer Beitrag vom Flora-Plenum zum Alkoholverkauf sein, der sich genauer mit den Gründen für die Probezeit befaßt. Leider wurde er nicht mehr rechtzeitig fertig.
Weiterhin fehlt eine genauere inhaltliche Begründung der GegnerInnen des Alkverkaufes, warum sie gegen den Versuch sind. In dem vorliegenden Flugblatt beschränken sie sich auf eine Kritik am Flora-Plenum. (siehe Artikel von Anna Bolika) *die Red.*



LeserInnenmeinung

Betr.: Eiapopeia am Hafenrand!

Seltsames hört mensch in letzter zeit aus der Flora. Die Plakate in vielen Geschäften des Schanzenviertel, die ihre "Solidarität" mit der Flora ausdrücken, von uns bisher als Zeichen der Stärke der Szene im Viertel gesehen, sollen gar nicht auf Szenedruck dort hängen, sondern weil die Geschäftsleute es wirklich so meinen.
Und die Flora tut nichts um diesen Eindruck zu vermeiden.
Im Gegenteil es scheint fast so, als wollten die FloristInnen diesen Eindruck noch verstärken, um ihre Verhandlungsposition im Feilschen um Kindergartenplätze und ihrem legalen Fortbestand mit dem Senat zu verbessern.
Dabei erscheint ihnen jedes Bündniss recht zu sein. Sogar mit dem reaktionärsten Teil des Kleinbürgertums, der überdies schon seit über 100 Jahren, wie Marx festgestellt hat, als Klasse zum Aussterben verurteilt ist.

Hier vollzieht sich (wieder einmal) die klassische Entwicklung.
Ein Projekt, welches viele gemeinsam auf der Straße erkämpft haben wird entpolitisiert und damit verdaubar gemacht.

Dabei hätten wir schon vorher mißtrauisch werden sollen.

- positive Konzertkritiken in der Hauspostille der Hamburger SPD der MOPO.-

- Senatorin Müller und Bezirksamtleiter Strenge besuchen offiziell die Flora und äußern sich laut TAZ positiv über das "rege Treiben" dort und die Flora freut sich.

- die vegane "Vokü" als Ausdruck für die Abwendung von internationalen Befreiungskampf hin zu metropolenzentrierter Öko-Ernährungs-esoterik Philosophie.
(wo beziehen denn die Hühner,denen ihr ungeborenes Leben genommen wird, und die Kühe, denen ihre Milch geklaut wird, zum Teufel eigentlich ihr Kraftfutter her?!)

- die Anzeigen in der Zeck des örtlichen ehemals links-alternativen ausgerichteten Nischen- und Selbstausbeuterunternehmertums, welches sich offentsichtlich verspricht, sich unter den FloristInnen einen neuen Kundenstamm aufbauen zu können.

Besonders bitter wird diese Tatsache für uns, da wir trotz unserer Bedenken bei der Floraparkräumung unseren Kopf hingehalten haben.
Sollte es den BetreiberInnen am Ende wirklich nur um ein Stückchen Grün gegangen sein und nicht um die Entlarvung des SPD/Bonzensenates?

Es ist leerer geworden um uns als Vertreter traditioneller autonomer Politik.

- das Auseinanderbrechen des RGW und die Prostiution ihrer ehemaligen Mitgliedsstaaten gegenüber der EG.

- Gorbarschows Verrat am Kommunismus in der SU

- Gewaltverzicht der RAF und Verhandlungsangebot an den Staat über den zukünftigen Status der Gefangenen (daran ändert auch Weiterstadt nichts, s. Aussagen führender Vertreter des Verfassungschutzes)

- Eiapopeia am Hafenrand

- und nun die Flora...

Aber diese Zeiten haben auch ihr gutes.
Nirgendwann sonst trennt sich so deutlich die reformistische Spreu vom revolutionären Weizen.
Wir jedenfalls werden weiterkämpfen um soziale Befreiung weltweit, Trotzdem, gerade weil, sowieso...

Einige Vertreter der Gruppe
Für die antiimperialistische Revolution in den Metropolensofort/notfalls auch alleine
(FaRMs/wnaa)



Leserbrief an die ZECK, beetr. Eiapopeia am Hafenrand

Den Beitrag "Eiapopeia am Hafenrand" fand ich witzig und treffend.
Gar nicht lustig fand ich die Anmerkung der Redaktion. Durch das politisch verbrämte Liebäugeln mit Zensur wird der Leserin suggeriert, der Text sei eine Zumutung, etwa unsachlich oder extrem polemisch.
Diese Beurteilung habe ich öfters gehört - obwohl der Text zum größten Teil aus unwidersprochenen Zitaten besteht.

Alles Gute,
M., Hafenstraße

KEIN NACHRUF

Dies soll kein Nachruf auf das Projekt "Sleep In" in der Flora sein. Auf dem Plenum am 07.04.93 beschlossen die NutzerInnen der Roten Flora gegen den Willen von Teilen der BetreiberInnen des Obdachlosenprojektes, die Übernachtungsmöglichkeit in der Flora zu beenden. Wäre dies nicht passiert, würde dieser Text ein Nachruf auf unsere Tresenschicht sein.

Zur Erinnerung:
Das Projekt entstand als Folge eines Flugblattes ("VIP-Lounge oder Flora für Alle") indem sich u.a. darüber beschwert wurde, daß die "FloristInnen" abends die Obdachlosen aus dem Gebäude werfen, abschließen und in ihre (warme) Wohnung nachhause gehen. Um diesen Vorgang zu beenden, beschloß die als "Radikale S" auftretende Gruppe eine Möglichkeit für diesen Personenkreis zu schaffen in der Flora zu übernachten (vgl. Zeck Nr.12, "Neues Projekt in der Flora: Sleep in" Seite 4-5 auch: die Vorbemerkung zum Artikel Seite 4)

* * *

In dem fünfwöchigen Bestehen des Projektes änderte sich das Klima in der Flora.
Das es in der Flora auch vorher schon oft eine Geisterkulisse gegeben hat (vor allem im Winter) und daß das Gebäude nicht jeden Tag mit Leben gefüllt ist, ist uns klar.
Es gab in dem dreijährigen Bestehen der Flora auch vorher schon Erfahrungen mit dem Obdachlosen, wobei die Fluktuation hochgewesen ist (wo ist GODOWSKI?).
Die Anwesenheit von Obdachlosen in der Volxküche war und ist akzeptiert. Es geht auch nicht darum, möglichst eine saubere Flora zu haben. Platt gesagt ist ein Ziel die politisch und kulturellen Aktivtäten in der Flora zu verbinden um einen linken oder linksradikalen Widerstand in der Flora zu formulieren / entwickeln / zu leben. Dabei sollen die sozialen Gegensätze und Widersprüche innerhalb unseres eigenen Lagers (unserer TRESENSCHICHT) nicht ausgeblendet werden. Die Armut in HH im Schanzen- und Karolienenviertel soll einen Platz in der Flora haben, zum aufhalten / koordinieren / zum entwickeln.
Aber dies gilt für ein gleichberechtigtes Verhältnis für Wohnungslose und WohnungsbesitzerInnen. Die Flora ist ein Zentrum, kein Wohnprojekt.

Dieses Verhältnis ist mit der Einführung des Projektes gekippt.
Neben dem Aufhalten im Tagesbetrieb der Flora gab es fortan eine Möglichkeit auch Nachts zu bleiben. Die Flora wurde in den 5 Wochen ein Dienstleistungsbetrieb für 10 - 15 Obdachlose aus HH. Die ihre Sachen dort hatten, tagsüber sich in der Vokü aufhielten und dort übernachteten. Alles wurde FÜR sie organisiert. Sie brauchten sich selbst um nichts zu kümmern. Die Fürsorglichkeit der "Radikalen S"- Gruppe drängte ihnen die Anwesenheit in der Flora geradezu auf.
Am Ende der 5 Wochen lief neben der Obdachlosenbetreuung in der Volxküche nichts anderes mehr. Ein oder zwei Tresenschichten haben aufgehört, wenigstens zwei (unsere auch) waren kurz davor.
Die Entscheidung gegen das Projekt kommt für uns aus der unerträglichen Situation, die in der Flora geherrscht hatte.

Das die Menschen die sich früher in der Vokü aufgehalten hatten ("auf einen Kaffee") nicht mehr gekommen sind.
Das wir nicht mehr wußten, warum und wofür wir einmal in der Woche Tresen machen, daß wir uns selbst in Flora nicht mehr wohlfühlten, wir nur noch hingegangen sind wenn wir es unbedingt mußten (aus Zwang) und wir uns vorallem nicht mehr in der Flora wiedergefunden haben. Sondern nur noch abgegessen gewesen sind und mehr oder minder von besseren Zeiten gezehrt haben.

* * *

Unserer Meinung nach muß sich dazwischen entschieden werden, ob die Flora als Zentrum politisch gestaltet werden soll oder moralisch. Wobei es in der Flora zu der Situation gekommen ist, daß sich beide Möglichkeiten ausschließend gegenüber standen.

Eine Tresenschicht!!



Rassismus im Karoviertel ?!

Seit Februar 93 kann der Club Negotin Krajina aus seinen bisherigen Räumen (45qm) in der Glashüttenstraße 99 faktisch jeden Tag geräumt werden. Die Diskussionen um geeignete Ersatzräume oder Übergangslösungen beschäftigen seit Anfang des Jahres verschiedene Gruppen im Karoviertel, Steb, Steg, Bezirk und Senat. Dabei waren mehrere mögliche Standorte für den Club im Gespräch; unter anderem die Kellerräume in der ehemaligen Israelitischen Töchterschule in der Karolinenstraße 35 (Ecke Grabenstraße), ein Container am Schlachthof/Feldstraße, einer auf dem Heiligengeistfeld und das Haus Marktstraße 24 (dort steht eine Etage leer, seit der Altentreff in den Neubau gezogen ist).
Dieser Artikel soll ein wenig Licht in die Hintergründe und Interessen der verschiedenen Positionen, die sich hierbei gegenüberstehen, bringen.

1. Der "Club Negotin Krajina (Roma) Selbsthilfe St. Pauli e.V."

hat sich im Sommer 1991 gegründet. Der Club soll einen Treffpunkt für die Roma im Karolinenviertel bieten, Angebote für Kinder und Jugendliche machen, um sie "von der Straße zu holen".
Kulturelle Arbeit (Themater, Musik, Tanz etc.) und Freizeitangebote finden statt oder sind geplant. Zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses möchte der Club dadurch beitragen, daß er die übrigen AnwohnerInnen in seine Arbeit einbezieht und ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung steht.
Bisher konnte der Club seine Ideen nur ansatzweise umsetzen, da es zum einen keinerlei finanzielle Unterstützung gab und der bisherige Raum für ein vernünftiges Angebot viel zu klein ist.
Das Interesse des Clubs bezogen auf einen neuen Standort im Viertel ist:

- eine zentrale Lage der Räume dort, wo die Roma sich aufhalten,
  auf keinen Fall eine Abschiebung an den Rand des Viertels oder
  gar auf dem Heiligengeistfeld
- größere Räumlichkeiten, um eine vernünftige Arbeit zu ermöglichen (seperate Räume für Männer, Kinder, Frauen und Büro)
- als langfristige Perspektive wünscht der Roma Club sich Räume auf dem Ölmühlenparkplatz in Zusammenhang mit einem (schon lange geforderten) "Abenteuerspielplatz Karoline", der für alle Altersstufen und Gruppen im Viertel da sein soll.

2. Initiativgemeinschaft Karoline

wurde ebenfalls im Sommer 91 gegründet, um für die Verbesserung der Verhältnisse aller Menschen im Karolinenviertel ein Forum zu schaffen.
In ihr waren (bis April 93) :
- Interessengemeinschaft Karoviertel e.V.
- E.P.A. (European Playworkers Association)
- Club Negotin Krajina e.V.
- Abenteuerspielplatz am Brunnenhof e.V.
- einzelne KolegInnen der Schule Laitzstraße
- und engagierte Einzelpersonen
zusammengeschlossen.

In den letzten zwei Jahren agierte die Initativgemeinschaft auf verschiedenen Ebenen:
Es wurde eine Stelle für einen Lehrer, der Romanes spricht, durchgesetzt. Er arbeitet seit etwa acht Monaten eng mit der Grundschule zusammen.
Im September 92 wurde eine "Gemeinschafts-Spiel-Aktionswoche" auf dem Öhlmühlenparkplatz durchgeführt. Diese Woche sollte einen Anfang bieten, um der eingefahrenen Situation im Viertel kreativ etwas entgegenzusetzen. Neben Spielangeboten für Kinder gab es die Möglichkeit, sich bei AnwohnerInnentreffen und Gesprächsrunden kennenzulernen und auseinanderzusetzen.
Außerdem wurden von der Initativgemeinschaft viele Veranstaltungen und Aktivitäten organisiert: Frauentreffen, Begegnungen zwischen Alten und Jungen im Viertel, Stadtteilrundgang, Kindernachmittage, Plakataktionen, eine Fotoausstellung und zuletzt die regelmäßigen Nachbarschaftstreffen.
Die Initiativgemeinschaft führt mit den Roma zusammen Behördengespräche und unterstützt ihre Forderung nach geeigneten, zentralen Clubräumen.

3. IG Nachbar

In der IG Nachbar haben sich seit Anfang des Jahres offenbar Gewerbetreibende und NachbarInnen aus dem Karoviertel zusammengeschlossen. Genaueres wissen wir darüber nicht, da sie bisher auf Treffen nicht offen aufgetreten sind.
Die IG hat eine Anzeigenkampagne gegen die Verantwortlichen der Stadt gestartet (s. Abdruck). Bisher haben unseres Wissens nach ca. 120 Leute diese Anzeige erstattet.
Außerdem hat die IG einen offenen Brief an Senat und Steg geschickt, in dem es in einer Art "Fragenpotpouri" um verschiedene Punkte geht : Drogen, die Person Michael Herrmann, wilde Müllhaufen, die unterlassene Räumung des Roma Klubs, und Kritik an der bisherigen Diskussion um mögliche Standorte des Roma Clubs.
Eine differenzierte Position der IG in Bezug auf den Roma Club ist ihren bisherigen Verlautbarungen nicht zu entnehmen. (Der uns vorliegende Teil des offenen Briefs ist im ZECK-Ordner in der Flora einzusehen - d. Red.)



4. Die STEG

Die Steg sorgte in der Diskussion um mögliche Räume immer wieder für Überraschungen.
Bei Go Inn's und Gesprächen erschienen nicht nur ständig die falschen MitarbeiterInnen (gefordert war die Chef-Etage, es kamen mal der Pressesprecher, dann der Häuserverwalter oder ein Jurist, allesamt unwissend oder uninformiert), sondern darüber hinaus die geliebten Kollegen von der E-Schicht ("Die haben Sie doch selbst eingeladen."), auf AnwohnerInnentreffen werden unbekannte Steg- MitarbeiterInnen als Undercover AgentInnen eingesetzt, die sich auch auf Nachfrage nicht zu erkennen geben ...
In den Diskussionen um Ersatzräume für den Roma Club beteiligte sich die Steg bis März 93 durch Vorschläge, die nur in unbewohnten Häusern und am Rand des Viertels liegen durften.
Doch dann - welch wundersame Wandlung:
Auf einem Treffen kam von der Initiativgemeinschaft der Vorschlag, das Haus Marktstraße 24 (in dem eine Etage leer steht und nur drei Mietparteien wohnen) als mögliche Übergangslösung zu prüfen. Dieser Vorschlag war selbstverständlich an die Bedingung geknüpft, daß die MieterInnen ihm zustimmen und **freiwillig** in von der Steg bereitzustellende Wohnungen umziehen.
Die Steg war diesmal eifrig dabei und machte aus diesem Vorschlag eine fristlose Kündigung der alten Wohnungen (Kündigung binnen drei Wochen) **ohne** irgendeine vorherige Absprache, mit dem Argument, daß der Mietvertrag für den Roma Club bereits unterschrieben sei - was natürlich nicht stimmte. (Nebenbei bemerkt steckte der Vertragsentwurf voller sittenwidriger Bedingungen und sollte nicht etwa mit dem Roma Verein abgeschlossen werden, sondern mit vier Einzelpersonen, davon drei Deutsche.)
Den Streß mit der erbosten Nachbarschaft überließ die Steg galant der Initiativgemeinschaft....

Absender: ____________
____
____

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem
Landgericht Hamburg

2000 Hamburg 36

Datum: 30.3.1993

Strafanzeige

gegen

die Verantwortlichen der Freien und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Mitte, Amt für Soziale Dienste,

Zuständigkeitsbereich für: 2 Hamburg 36, Karolinenviertel

wegen:

des Verdachtes des Kindesmißbrauchs durch Unterlassen und aller sonst in Frage kommender strafrechtlicher Vorschriften

Begründung:

Der Anzeigerstatter lebt bzw. arbeitet im sogenannten Karolinenviertel in 2000 Hamburg 36.

Seit ca. 3 Jahren nimmt die Drogenkriminalität in dem vorgenannten Hamburger Stadtviertel mit steigender Tendenz zu.

Einhergehend mit der steigenden Drogenkriminalität mehren sich ständig auch die Straftaten im Umfeld.

Ursache hierfür ist u.a. der überproportionale Anstieg der Bevölkerungsgruppe der Roma und Sinti in diesem Viertel.

Durch äußerst starke Familien- und Sippenzugehörigkeit dieser Bevölkerungsgruppe schaffen einzelne Familien dieser Gruppen , daß Außenstehende, die nicht diesem Kulturkreis angehören, seien es die Geschäftsleute oder die Anwohner dieses Viertels, nicht ohne Furcht vor tätlichen Übergriffen die Straßen passieren können.

Die Beschuldigten unterlassen es gem. des Kinder- und Jugendhilfegesetzes , hier insbes. gem. § 42 Abs 3 KJHG, diejenigen Kinder und Jugendlichen in ihre Obhut zu nehmen, die bekanntermaßen von ihren Eltern, zumindest aber mit deren wissen, auf die Straße zum Dealen geschickt werden.

Das Jugendamt ist nach der o.g. Vorschrift verpflichtet ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen es erfordert.

Es ist in der Tat so, daß nahezu rund um die Uhr Kinder und Jugendliche in den Hauseingängen und auf der Straße des Karolinenviertels stehen und in nicht unbeträchtlichem Umfang mit Drogen handeln.

Dieses ist auch polizeibekannt, aber dennoch wird nichts unternommen, um den Kindern und Jugendlichen zu helfen um nicht noch weiter in die Kriminalität abzugleiten, sondern es entsteht der Eindruck, als ob die Freie und Hansestadt diese Handlungen der Kinder und Jugendlichen duldet, wobei die Motive für diese Unterlassungen (bzw.der Duldungen ?) bei der Bevölkerung unbekannt sind.

Es wird gebeten mir die Geschäftsnummer des staatsanwaltlichen AZ mitzuteilen.

Um es hier nocheinmal klarzustellen:
Die Situation im Karoviertel ist schwierig. Es gibt Drogenhandel. Frauen sind Opfer sexistischer Gewalt. Und so weiter.
Es geht uns nicht darum, Täter in Schutz zu nehemen oder uns gegen die Opfer zu stellen.
Trotz aller Wut und Verletzungen sollte es aber möglich sein, zu differenzieren:
Es sind nicht *die* Roma, die dealen. Und es sind auch nicht nur Roma.
Das Verallgemeinerungsdenken "Die Roma sind an allem schuld und müssen raus!" hat Tradition. Im Mittelalter brachten sie die Pest und stahlen kleine Kinder, im Nationalsozialismus reichte es aus, "Zigeuner" zu sein, um im KZ zu landen.
Es muß darum gehen, nach Lösungen für Probleme zu suchen, nicht darum, diese an einer Bevölkerungsgruppe festzumachen und nach dem Prinzip der "Sippenschuld" diese aus dem Viertel zu vertreiben.

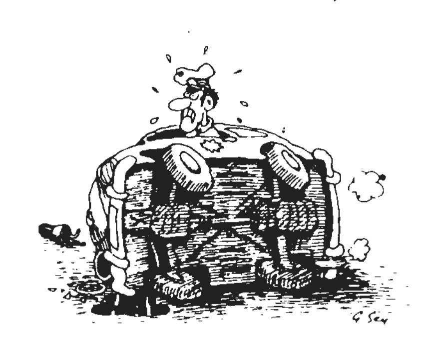
Der Schritt, den die Roma in Richtung einer Entspannung gehen können und wollen ist, in der Marktstraße 24 mit geeigneteren Räumen die Arbeit des Clubs auszuweiten. Sie brauchen diese Räume zentral, da wo die Leute, die sie ansprechen wollen, sind, nicht irgendwo abseits, wo kein Mensch hinkommt.
Dabei sind sie auf die Solidarität und die Bereitschaft der anderen AnwohnerInnen zur Auseinandersetzung angewiesen.

Die Nachbarschaftstreffen finden weiterhin statt. Die Termine werden durch Einladungen im Viertel angekündigt.

Exkurs: Taktik oder Dummheit?

Auf dem Nachbarschaftstreffen am 2.4.93, an dem etwa 30-40 AnwohnerInnen anwesend waren, erschienen überraschenderweise auch: zwei VertreterInnen der Presse, eine Staatsrätin, ein Pressesprecher der Steb und stumm in der Ecke 3 Steg-MitarbeiterInnen - eingeladen von Michael Herrmann ohne Abstimmung mit allen Aktiven der Initiativgemeinschaft, der er selber angehört.
Einen Tag vorher (1.April) war in der Presse von der Anzeigenkampagne der IG Nachbar zu lesen gewesen.
Unglaublich, aber wahr:
Nach eineinhalb Stunden zückte M. Herrmann, unermüdlicher Vorkämpfer gegen die 16 E-Schicht und deshalb stadtbekannter "Knöllchen-König", einen Vorschlag für das Treffen, auf dem Bedingungen aufgelistet waren, unter denen die unterzeichnenden AnwohnerInnen bereit seien, den Roma Club in der Marktstraße 24 zu unterstützen. Unter Punkt dieses Papieres ist zu lesen:
"Die Polizei ist bereit, auf Wunsch der AnwohnerInnen ab sofort eine/n uniformierte/n PolizistIn tagsüber bis in die Nacht hinein auf dem Marktplatz zu postieren, der/die für alle AnwohnerInnen ansprechbar sein muß und gemeinsam mit ihnen regelmäßig negative und positive Vorfälle im Zusammenleben aller AnwohnerInnen bespricht bis ein Sozialarbeiter diese Aufgabe voll übernehmen kann."
Unterschrieben mit: Initiativgemeinschaft Karoline - obwohl ein Teil der Initiativmitglieder von diesem Vorschlag nichts wußte und klar war, daß sie ihm auch nicht zustimmen würden.
Obwohl das Papier nie diskutiert oder "verabschiedet worden ist, steht seit Anfang April (fast) rund um die Uhr eine Wanne mit zwei Bullen auf dem Platz vor Penny. Ein Großteil von ihnen: alte Bekannte von der E-Schicht!
Der naive Wunsch, "Ansprechpartner für alle AnwohnerInnen zu finden" hat Schikane gegen MigrantInnen als bitteren Beigeschmack: Ausweiskontrollen beim Überqueren des Platzes, Äußerungen wie "Wenn Du keine gültigen Papiere hast, mußt Du eben zu Hause bleiben." etc.
Was letztlich Auslöser für den Bulleneinsatz ist, bleibt fraglich.
Sicher ist allerdings, daß jetzt die Drogengeschäfte hundert Meter weiter ablaufen. Und, daß sich eine ganze Reihe AnwohnerInnen so ganz bestimmt nicht besser fühlen!

2 Frauen aus'm Karoviertel





AUFRUF AN ...

...ImmigratInnen und Flüchtlinge, an alle sich antifaschistisch/ antirassistisch verstehenden und solidarischen Menschen, KünstlerInnen und Initiativen, sowie Läden und Zentren in Hamburg, in den einzelnen Stadtteilen, insbesondere auch im Schanzenviertel!

Helft mit und beteiligt euch beim Ausstellungs- und Medienprojekt gegen Rassismus und Anzeichen von Faschismus, gegen Sammellager und gegen eine staatliche Politik der Ausgrenzung und Abschiebung, für ein solidarisches Zusammenleben und ein unangetatsetes Grundrecht auf Asyl!

Wir, Menschen aus verschiedenen Hamburger Stadtteilen, Läden und Gruppen, planen als eine selbstbestimmte, antirassisitische Initiative, in und in Absprache mit möglichst vielen und unterschiedlichen öffentlichen und privaten Einrichtungen wie Zentren, Restaurants, Kneipen, Ausstellungsräumen und Läden, ein in seinen vielfältigen Aspekten breit und differenziert angelegtes, zeitlich und nach den jeweiligen Orten koordiniert durchgeführtes **Medien- und Ausstellungsprojekt: "augen auf!"**

Inhalte werden sein, mit unterschiedlichen Medien die Situation der ImmigrantInnen und der Flüchtlinge, der betroffenen Menschen selbst in den Blick zu rücken, aber auch die Gewalt und die verschiedenen Facetten des staatlichen Rassismus sowie die Ansätze und Beispiele von Solidarität, antirassistischer Gegenöffentlichkeit und Gegenwehr.

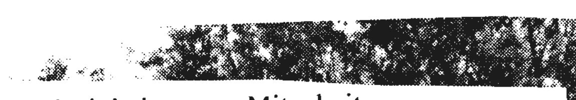
Wir haben schon angefangen, entsprechend geeignetes Foto- und Textmaterial zu sammeln.
Aber weder das uns bereits schon vorliegende Material, noch die uns schon zugesagten Räumlichkeiten reichen aus, dieses vielschichtige Projekt zu realisieren.
Wir wollen mit diesem Projekt der offenkundigen Ratlosigkeit und Ohnmacht vieler (uns eingeschlossen) angesichts der anziehenden Schraube des staatlichen und alltäglichen Rassismus entgegenwirken und ein weiteres Zeichen setzen für ein solidarisches Zusammenleben und für eine breitere Unterstützung der Flüchtlinge.

Unterstützt uns und das Projekt, indem Ihr entsprechendes Material, das Ihr habt, wie Fotos, Filme, Videos, Gedichte, gemalte oder collagierte Bilder, Musik etc., schickt oder vorbeibringt!
Unterstützt das Projekt, indem Ihr Räumlichkeiten oder Wandflächen in den Zentren, in Kneipen oder in Euren Läden für 2 oder 3 Monate für einen Teil des Projektes zur Verfügung stellt. Wir wählen dann mit Euch das jeweils geeignetste Material aus.

Wir verstehen uns auch als Koordinierungsgruppe für diese Projekt, das, von den unterschiedlichsten Menschen mit getragen, erst einmal für Anfang des Sommers im Schanzenviertel, dann als Wanderprojekt auch für weitere Hamburger Stadtteile geplant ist.

Meldet Euch bei folgender Kontaktadresse:

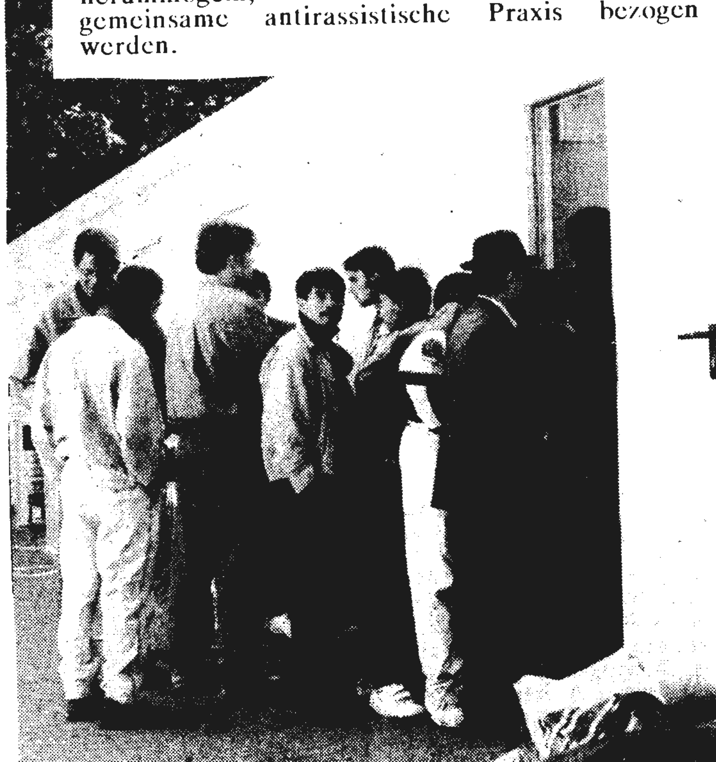
"augen auf!"
MEDIENPROJEKT
c/o KOPIERLADEN "SCHANZENBLITZ"
BARTELSSTRASSE 21
2000 HAMBURG 36
TELEFON 4304156
TELEFAX 4304157



ETWAS BESSERES ALS DIE NATION

Aufruf und Einladung zur Mitarbeit

Vom 18.-20. Juni soll in den Städten Leipzig, Dresden und Rostock die antirassistische und antifaschistische Tournee "Etwas Besseres als die Nation" stattfinden.
Links von Lichterketten und sonstigen "Kultur gegen ..." Veranstaltungen, die sich in ihrem Bemühen um den kleinsten gemeinsamen Nenner (gegen "Haß", gegen "Gewalt") um eine Auseinandersetzung mit den politischen Ursachen herummogeln, sollen Positionen für eine gemeinsame antirassistische Praxis bezogen werden.



Von den örtlichen Antifagruppen und der Hamburger Vorbereitungsgruppe gemeinsam geplant und durchgeführt, werden ein Haufen Leute, Bands und DJ's, Vertreterinnen verschiedener Antifagruppen und Einwandererinitiativen, Mitglieder der Wohlfahrtsauschüsse Hamburg, Köln, Frankfurt, Leute aus den an der Tour beteiligten Städten, sowie Pressevertreterinnen für jeweils einen Tag in den genannten Städten Station machen.
Durch das Besetzten öffentlicher und privater Räume (Straße, Club, Medien) sollen diese Bereiche gegen den wachsenden Einfluß neofaschistischer Gruppen und rechter Inhalte verteidigt werden.

Nach demonstrativen, öffentlichkeitswirksamen Aktionen in der jeweiligen Innenstadt soll in den Kulturzentren "Mau" in Rostock,
der "Scheune" in Dresden und dem "Conne Island" in Leipzig anhand von Redebeiträgen über praktische wie theoretische Fragen antirassistischer Arbeit diskutiert werden.

Auf dem anschließenden Konzert werden sich Bands und DJ's in Musik und Text zur Sache äußern, auch um die Untrennbarkeit kultureller und politischer Arbeit zu betonen.

Es geht darum, in einer breiten Öffentlichkeit speziell im Spektrum der sogenannten inaktiven Linken und der Alternativszene die Akzeptanz antifaschistischer Aktionen (auch militanten!) zu festigen, linke Strukturen in der ehem. DDR zu unterstützen und die Kommunikationsbarrieren zwischen antirassistischen Kräften aus Ost und West abbauen zu helfen.

Am 13.5., Donnerstag, findet im Haus für alle, Amandastr. um 19 Uhr ein Vorbereitungstreffen statt, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Im Schwarzmarkt findet frau einen Ordner "Wohlfahrtsausschuß" mit mehr Informationen.

(Das genaue Konzept befindet sich auch im ZECK-Ordner in der Flora-Vokü)



MARSCH GEGEN ARMUT & ARBEITSLOSIGKEIT IM SPANISCHEN STAAT

Vom 24.6.93 - 3.7.93 findet ein Marsch gegen Arbeitslosigkeit und Armut in zehn Etappen von Valencia nach Madrid statt. An diesem Marsch sollen sich mindestens 150 Menschen beteiligen. Davon sollen zwanzig Menschen aus den anderen europäischen Staaten kommen. Ein Teil der MaschiererInnen werden Flüchtlinge sein! Die Festlegung der TeilnehmerInnen hat organisatorische Gründe. Organisiert wird der Marsch von der Koordination des spanischen Staates von Kampfinitiativen gegen Armut und Arbeitslosigkeit (BALADRE). Finanziert wird die Aktion durch eine Solidaritätstournee verschiedener Musikgruppen aus dem spanischen Staat. Tourneen gibt es nicht nur in Spanien, sondern auch in der BRD. Eingebettet wird die Aktion in eine Reihe von lokalen Aktionen und Veranstaltungen. Der Marsch stellt also nur den Beginn einer breiteren Kampagne dar. Es werden während der Aktionen keine speziellen Forderungen erhoben, obwohl BALADRE die Forderungen nach radkaler Arbeitszeitverkürzung und einem garantierten Einkommen vertritt. Der Grund dafür ist, daß das von Armut und Arbeitslosigkeit im spanischen Staat (jeden Tag kommen 2000 Arbeitslose dazu) in den Vordergrund gestellt werden soll. Ziel der Aktion ist die Aktivierung und Verbreiterung des Widerstandes gegen die Erfüllungsgehilfen der Maastricher Verträge.

Warum unterstützen wir diese Aktion?

Armut ist eine europaweite Erscheinung. Sie ist Ausdruck weltweiter Bestrebungen des Kapitals, die Ausbeutung zu intensivieren. Europaweit werden Arbeitszeiten flexibilisiert, Arbeitsverhältnisse dereguliert, zu "teure" Arbeitskraft durch billige ersetzt. Die Schlagworte der Herrschenden sind: Schwarzarbeit, steigende Kriminalität, illegale Einwanderung und Leistungsmißbrauch! Die Vereinheitlichung zur EG ist das politische Vehikel dazu. Maastrich ist die Verpflichtung europaweit Sozialkosten zu senken, um die Menschen zu (Schwarz)arbeit zu zwingen, weil sonst das Einkommen nicht mehr reicht. (In Maastrich wurden Rahmendaten für Verschuldung, Haushaltsdefizite, Inflationsraten und Zinshöhen verbindlich festgelegt)
Auf Grund dieser Entwicklung wurde in Italien die skala mobile (automatischer Inflationsausgleich für die ArbeiterInneneinkommen) abgeschafft und die "Gesundtheits"versorgung drastisch zusammengekürzt. Auch im spanischen Staat wurden die relativ minimalen Sozilleistungen weiter gekürzt. In Gallizien, eine der ärmsten Regionen gelten nach der neusten Definition noch 50 (!) Menschen als arm.
Die zentralen Hebel der Umstrukturierung im Sozialbereich sind europaweit:
-mehr Zwangsarbeit und Zwangsdienste
-Ausbau der Zwangs- und Kontrollfunktion der Armutsverwaltung
-Privatisierung von Versicherungsleistungen
In diesem Rahmen sind auch die europaweiten Debatten um das Asylrecht zu sehen. Ziel ist die Kontrollierung der eigentlich gewollten Einwanderung billiger Arbeitskraft.



Aktion in Asturien





Den Kampf europaweit vernetzen!

Aus den kurz angerissenen Gründen befinden wir uns seit 1988 in einem Diskussionsprozeß mit europäischen Initiativen, die gegen diese Entwicklung ankämpfen. Mit BALADRE und den BAGs gegen Armut und Arbeitslosigkeit haben jetzt zwei nationale Koordinationen eine gemeinsame Plattform vorgelegt, die diese Entwicklung analysiert und gemeinsam europaweit die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung und einem Existenzgeld erhebt.

Wir wollen in der Veranstaltung in der Flora diese Plattform vorstellen, Informationen zum Marsch geben und über Konsequenzen für unseren Widerstand vor Ort nachdenken.

ein Mensch aus der Vorbereitungsgruppe

Veranstaltung: 21.5.93 19 Uhr in der Roten Flora

Konzert: Parada de Blues ab 21 Uhr

Eintritt: 6 DM



Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut

Presseerklärung

Der Vorwurf des Sozialmißbrauchs ist unzumutbar

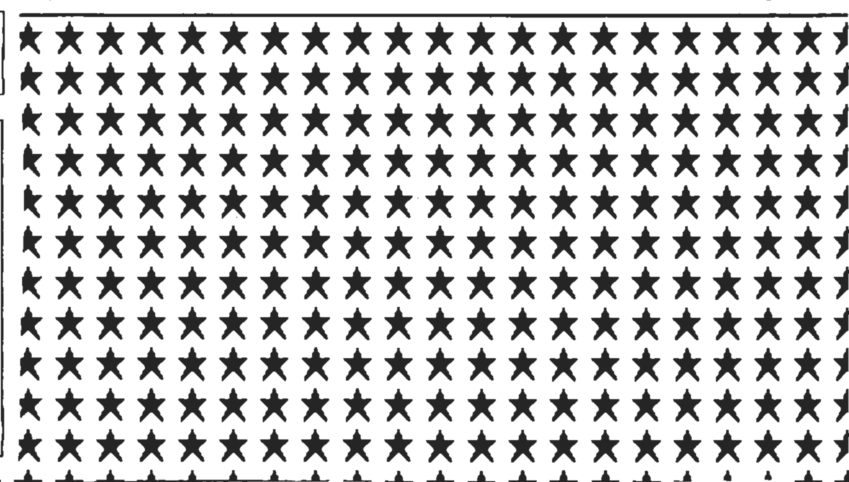
Die Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut wehren sich entschieden gegen die von der Bundesregierung, der Wirtschaft und den Medien betriebene Diskriminierung von SozialleistungsbezieherInnen und Armen als "SozialbetrügerInnen". Wir wissen, daß diese Kampagne auf die Entsolidarisierung in dieser Gesellschaft zielt. Die Erwerbstätigen verfügen deshalb nicht über mehr Geld, nur weil Sozialleistungen gekürzt und "Schwarzarbeit" verfolgt wird. Niedrige Sozialleistungen zwingen uns zum Zuverdienst, der dann als "Schwarzarbeit" bezeichnet wird, von der in erster Linie die Unternehmen profitieren. Der Skandal besteht nicht darin, daß "schwarzgearbeitet" wird, sondern daß Sozialleistungen zu niedrig sind. Wer unter das Existenzmininum gedrückt wird, muß sich wehren. Wenn "Schwarzarbeit" wirklich vermieden werden soll, muß der Forderung der Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen nach einem Existenzgeld in ausreichender Höhe entsprochen werden. Wir wehren uns gegen die aktuelle Politik der Deregulierung. Sie ist darauf gerichtet, Arbeitslose und Arme um ihre Existenzgrundlage zu bringen, um sie für die Wirtschaft selbst dann verfügbar zu halten, wenn wie heute weitere Massenentlassungen anstehen. Als willfährige Reservearmee sollen Arbeitslose und Arme für die Wirtschaft herhalten, um Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen aller ausüben zu können. Zu dieser Reserve zählen auch Flüchtlinge und Ausländer aus Nicht-EG-Staaten. Sie werden durch Erlaß bei der Arbeitsvermittlung nachrangig behandelt. Hinzu kommt die 25 % ige Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge. Dies ist ein Skandal!!! Damit wird Ausländerfeindlichkeit geschürt und werden Parolen der Rechtsextremen unterstützt. Diese Politik auf dem Rücken der Armen zielt auf die Schwächung der Lohnabhängigen, der Gewerkschaften und auf die Zerschlagung des heutigen Sozial(versicherungs)systems. Wir wehren uns gegen jeden Versuch, SozialhilfebezieherInnen in "Zwangsarbeit" ohne tarifliche Bezahlung und soziale Sicherung zu pressen - letzlich auch, um reguläre Arbeitsplatze im öffentlichen Bereich abbauen zu können. Während der Aufbau der Verwaltungen im Osten und Investitionsgeschenke an die Arbeitgeber aus Versicherungsbeitragen finanziert werden, sieht die Bundesregierung tatenlos zu, wie das große Geld an den Finanzämtern vorbei in die Steuerparadiese geschafft wird, und sorgt dafür, daß Abgeordnete und Selbständige bislang keine Mark für den "Aufbau im Osten" bezahlen mußten. Diese Politik betrifft längst nicht mehr nur das untere Drittel dieser Gesellschaft; diese Politik betrifft alle Lohnabhängigen - mit oder ohne Arbeit.

FALZ, 6000 Frankfurt am Main, Solmsstr. 1a



Verbesserung der Haftbedingungen für die Gefangenen aus RAF und Widerstand

Im folgenden drucken wir einen Artikel aus der Aprilnummer der Roten Hilfe ab zur Einschränkung des Besuchsrechtes der RAF-Frauen im Lübecker Knast. Wir beabsichtigen damit zum einen, den derzeitigen Sachstand um die Haftbedingungen der Gefangenen zu dokumentieren (wiedereinmal in's Gedächtnis zu rufen) zum anderen fordern wir alle ZeckleserInnen auf, an der vom AK Diskurs vorgeschlagenen Briefaktion gegen den Schleswig-Holsteinischen Justizminister teilzunehmen



Zur Sache Klingner - Kommunikation mit politischen Gefangenen

Am Donnerstag, den 1. April 1993, fand im Kieler Justizministerium ein Gespräch zwischen dem schleswig-holsteinischem Justizminister Klingner und zwei Gruppen aus Kiel/Rendsburg und Hamburg statt. Die beiden Gruppen hatten unabhängig voneinander im Sommer vergangenen Jahres beantragt, die drei in Lübeck inhaftierten Gefangenen aus der RAF Irmgard Möller, Hanna Krabbe und Christine Kuby als Gruppen besuchen zu können. Um eine lebendige und offene Diskussion führen zu können, war und ist für die beiden Gruppen und die gefangenen Frauen in Lübeck Voraussetzung, daß diese ohne Überwachung durch Beamte des Landeskriminalamtes stattfinden können. Gerade nachdem die Haftprüfungsanträge auf vorzeitige Haftentlassung von Christine Kuby und Hanna Krabbe am Anfang dieses Jahres von den zuständigen Oberlandesgerichten abgelehnt worden sind, wäre eine politische Diskussion unter LKA-Überwachung undenkbar, da zu befürchten wäre, daß Disskussionsbeiträge aus dem Zusammenhang gerissen und als Vorwand für eine weitere Verweigerung vorfristiger Haftentlassung dienen könnten. Nach über einem halben Jahr Hinhaltungen seitens des Justizministeriums sollte das Gespräch am 1. April Klarheit über das Ob und ggf. Wie der Gruppenbesuche bringen. Im Vorfeld des Gesprächs wurde am Donnerstag, den 25.3.93, zunächst der zuvor genehmigte zweistündige Besuch einer auf einen Rollstuhl angewiesenen Frau und ihrem Begleiter aus der Hamburger Gruppe verunmöglicht. Den beiden wurde unmittelbar vor dem Besuch eröffnet, daß der Besuch nur dann zwei Stunden am Stück durchgeführt werden könne, wenn der Begleiter sich nicht an dem Gespräch beteiligen würde. So war es nur möglich einen einstündigen Besuch zu machen, damit beide am Gespräch teilhaben konnten.

Das Gespräch zwischen Klingner und den Besuchsgruppen sollte ursprünglich im Kieler Landeshaus stattfinden. Nach dem Bombenanschlag auf den Knastneubau in Weiterstadt am 27.3.93 wurde den Besuchgruppen mitgeteilt, daß der Termin aus Sicherheitsbedenken nicht im Landeshaus sondern im Justizministerium stattfinden würde und daß Klingner aufgrund des Anschlages in Weiterstadt nicht bereit sei, bei dem Termin in irgendeiner Art und Weise verbindliche Aussagen zu treffen.

Tatsächlich blieb er weit hinter vorangegangenen Ankündigungen und Zusagen zurück. War noch im November 1992 von ihm erklärt worden, daß die Besuche ohne Überwachung durch das Landeskriminalamt stattfinden würden, sobald die Frauen in Lübeck Haftprüfungsanträge stellen würden, wurde von ihm am 1. April auf zwei widersprüchlichen Ebenen argumentiert. Zunächst stellte er, auf Grund einer angeblichen Arbeitsüberlastung der Lübecker Anstalt grundsätzlich in Frage, ob es Besuche der beiden Gruppen geben würde.

Im weiteren Verlauf des eineinhalbstündigen Gespräches führte er angebliche Sicherheitsbedenken an - nachdem ihm von den Besuchsgruppen nachgewiesen werden konnte, daß es für die Überwachung durch das LKA keine zwingenden Rechtsvorschriften gibt - die eine Überwachung durch das LKA erforderlich machen würden. Worin diese Sicherheitsbedenken bestehen würden, war er nicht bereit zu erläutern. Besuche der beiden Gruppen ohne LKA-Überwachung seien für ihn zur Zeit nur im Rahmen Entlassungsvorbereitender Maßnahmen denkbar, erklärte Klingner. Gerade diese sind aber nach den ablehnenden Entscheidungen der Oberlandesgerichte Düsseldorf und Hamburg in weite Ferne gerückt. Die Besuchsgruppen und die gefangenen Frauen in Lübeck fordern weiterhin von Klingner eine politische Entscheidung für die Ermöglichung von Gruppenbesuchen ohne LKA-Überwachung und mit angemessenen Besuchszeiten. Die Besuchsgruppen hoffen, daß möglichst viele Einzelpersonen und Gruppen sich mit beiliegendem Textentwurf oder eigenen Formulierungen an das Kieler Justizministerium wenden und so ihre Unterstützung für die Forderungen dokumentieren.



Der politische Rahmen:

Alle drei Frauen, die im Hochsicherheitstrakt in Lübeck inhaftiert sind, sind seit über 15 Jahren den bei RAF-Gefangenen bekanten Sonderhaftbedingungen unterworfen, Irmgard Möller nunmehr seit über 20 Jahren. Sie ist die am längsten inhaftierte Frau in bundesdeutschen Gefängnissen. Nach den im vergangenen Jahr als „Kinkel-Initiative" bekanntgewordenen Ankündigungen des damaligen Bundesjustizministers, RAF-Gefangene freizulassen, dachten viele, daß es eine Lösung für die Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand geben würde. Diese Erwartung ist enttäuscht worden: Lediglich der seit vielen Jahren haftunfähige Gefangene aus der RAF, Günter Sonnenberg ist freigelassen worden. Bernd Rössners Haft (auch er seit vielen Jahren definitiv haftunfähiger Gefangener aus der RAF) wurde für 18 Monate ausgesetzt.

Im Januar und Februar 1993 haben die Oberlandesgerichte Hamburg und Düsseldorf die Anträge auf vorzeitige Haftentlassung mehrerer RAF-Gefangner, darunter Christine Kuby und Hanna Krabbe, abgelehnt. Daß heißt, sie werden auf unabsehbare Zeit inhaftiert bleiben.

Diese Entwicklung bestätigt nocheinmal, daß sich die Situation der politischen Gefangenen nur verändert und ihre Freiheit nur erreicht werden kann, wenn öffentlicher Druck entsteht, den es in den vergangenen Monaten nicht in der nötigen Form gegeben hat.

Beide Besuchsgruppen wollen die politische Kommunikation mit den politischen Gefangenen. Es geht darum, mit ihnen gemeinsam Erfahrungen und Perspektiven linker Politik zu diskutieren. Eine kontinuierliche, lebendige Diskussion ist nicht über den Austausch von Papieren und Einzelbesüche möglich sondern nur in der Form, daß Besuchsgruppen regelmäßig mit allen Gefangenen zusammentreffen können ohne daß diese Besuche von Landeskriminalamt (LKA) - Beamten überwacht, mitstenographiert oder aufgezeichnet werden.

Absender:

An den Justizminister des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Klingner
Lorentzendamm 35
2300 Kiel 1
Tel: 0431 / 599-1

Sehr geehrter Herr Klingner!
Trotz der im Januar 1992 vom damaligen Bundesjustizminister Kinkel gemachten Ankündigung hat sich an der Situation der politischen Gefangenen im Sinne einer politischen Lösung, an deren Ende ihre Freiheit steht, nichts geändert.
Sorgen sie dafür, daß eine freie, ungehinderte Kommunikation mit den Gefangenen aus RAF und dem antiimperialistischen Widerstand möglich wird.
Wir unterstützen die Bemühungen der beiden Besuchsgruppen aus Hamburg und Kiel/Rendsburg, regelmäßige Gruppenbesuche bei den in Lübeck inhaftierten Gefangenen aus der RAF, Irmgard Möller, Christine Kuby, Hanna Krabbe, durchführen zu können.
Wir fordern Sie hiermit mit Nachdruck auf, die Bedingungen für eine politische Kommunikation zu ermöglichen und damit ihre öffentlichen Ankündigungen und den Besuchgruppen gegenüber gemachten Zusagen einzuhalten.
Das heißt,

- Zusammenlegung der Gefangenen in große Gruppen
- Einzel- und Gruppenbesuche ohne LKA-Überwachung bei allen Gefangenen
- angemessene Besuchszeiten
- Diktiergeräte für die Gefangenen

Bitte setzen Sie uns über die von Ihnen getroffenen Entscheidungen in Kenntnis.

mit freundlichen Grüßen



Aus dem Gerichtssaal.



Bereits am 2. November 1992 fand ein Gespräch zwischen drei Leuten vom Ak Diskurs (der Kiel/Rendsburger Gruppe) und Justizminister Klingner, seinem Staatssekretär und seiner persönlichen Referentin statt.

In diesem Gespräch machte die Besuchsgruppe deutlich, daß sie aufgrund Klingners öffentlicher Äußerungen davon ausgehen, daß regelmäßige (alle sechs Wochen) Besuche von ihnen bei den drei Frauen in Lübeck ohne LKA-Überwachung möglich sein müßten. Klingner erkärte nicht nur grundsätzlich seine Bereitschaft, Gruppenbesuche zu ermöglichen, sondern machte in dem Gespräch darüberhinaus konkret die Zusage, daß wenn die Frauen in Lübeck Haftprüfungsanträge stellen würden, die Besuche ohne LKA-Überwachung stattfinden würden.

Mittlerweile haben die Frauen in Lübeck, wie alle RAF-Gefangenen , die länger als 15 Jahre sitzen, nicht nur die Anträge gestellt, sie sind darüberhinaus auch noch von den zuständigen Gerichten abgelehnt worden.

Der aktuelle Stand ist nach wie vor:
- maximal eine Besuchsgruppe darf im Monat rein
- Besuche nur mit LKA-Überwachung

Daß diese „Entscheidung" in keinster Weise die notwenigen Bedingungen für eine kontinuierliche politische Kommunikation beinhaltet, ist klar.

Damit geht Klingner hinter seine Aussagen vom Mai '92 zurück, als er eine Verbesserung der Kommunikationsbedingungen der Gefangenen in Aussicht stellte.

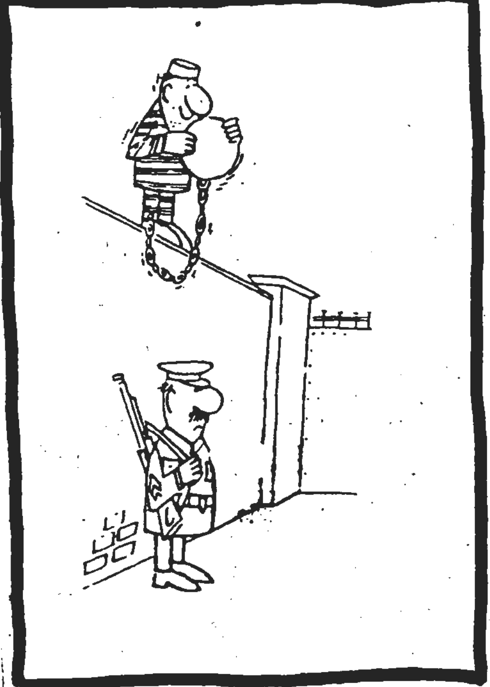
Lediglich einer Besuchsgruppe, die hauptsächlich aus dem kirchlichen Spektrum kommt, ist es seit 1989 möglich, die Gefangenen in Lübeck und Celle ohne LKA-Überwachung zu besuchen. In Celle besucht der „ak drinnen und draußen" zusätzlich alle zwei Wochen die dort einsitzenden Gefangenen aus der RAF, Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer, ebenfalls ohne LKA-Überwachung.

Es liegt an uns draußen, mehr daraus zu machen.

Dabei geht es eben nicht nur um unsere Besuchsgruppen sondern darum, mit dieser Initiative Ansatzpunkte zu schaffen, um für alle Gefangenen die Bedingungen zu verbessern.

Die konkreten Forderungen sind:
- Zusammenlegung der Gefangenen in große Gruppen
- Einzel- und Gruppenbesuche ohne LKA-Überwachung bei allen Gefangenen
- angemessene Besuchszeiten
- Diktiergeräte für die Gefangenen (da eine Frau aus den Besuchsgruppen aufgrund ihrer „Behinderung" sonst keine eigenständige Kommunikation mit den Gefangenen führen kann).

Das Einfordern von politischen Kommunikationsmöglichkeiten mit den politischen Gefangenen heißt auch, daß die Besuchsgruppen sich nicht mit der Inhaftierung der gefangenen Genossinnen und Genossen abfinden und sich für eine politische Initiative engagieren, an deren Ende die Freilassung aller politischen Gefangenen steht, ohne daß sie zur Distanzierung von ihrer Geschichte und ihren politischen Vorstellungen gezwungen werden.



Wie ihr konkret die Initiative unterstützen könnt:

Wie eingangs geschildert, hat Klingner in dem Gespräch am 1.4.93 unter Verweis auf den Anschlag in Weiterstadt eine Entscheidung auf die lange Bank geschoben. Die Besuchsgruppen würden sich freuen, wenn ihr euch schriftlich oder telefonisch als Gruppen oder Einzelpersonen beim Justizministerium meldet und eure Unterstützung für ihr Anliegen erklärt. Sicherlich hätte es den größten Effekt, wenn ihr dafür einen eigenen Text, in dem ihr eure Gründe und Ansichten darstellt, dort abgeben würdet. Nebenstehend findet ihr einen kurzen Formulierungsvorschlag.

Bitte sendet von euren Schreiben je eine Kopie an
AK Diskurs, c/o Courage e.V. - Projekt demokratische Alltagskultur, Iltisstr. 34, 23 Kiel 14.

J.S.

Freilassung aller politischen Gefangenen!!

HOCHSICHERHEITSKNAST WEITERSTADT

Im folgenden drucken wir aus aktuellem Anlaß einen Text der Bunten Hilfe Darmstadt zum Knast in Weiterstadt ab. Dieser Text ist schon ein wenig älter, ist aber in vielen Punkten noch aktuell, insbesondere was die Beschreibung der Logik betrifft, die hinter der Konzeption solcher Knäste wie Weiterstadt steht.
Wir haben diesen Text reingenommen, weil wir es wichtig finden, genauere Informationen zum Objekt der letzten RAF-Aktion zu liefern, so daß klar werden kann, warum diese Aktion gegen diesen Knast gemacht wurde und wie sie einzuordnen ist.



Hochsicherheitsknast Weiterstadt

In Weiterstadt bei Darmstadt wird zur Zeit mit 700 Haftplätzen einer der größten Knäste Europas gebaut. Nach dem Bau der Frauenhaftanstalt Berlin-Plötzensee ist Weiterstadt die zweite einer Reihe völlig neukonzipierter Haftanstalten im Bundesgebiet.

Der Standort

Der Hochsicherheitsknast Weiterstadt wird auf einem 10 ha (10 000 qm) großem Gelände außerhalb der Ortschaft gebaut. Der Boden dieses Geländes ist seit Jahrzehnten mit HCH, Blei und Kadmium verseucht. HCH ist ein Mittel zur Vernichtung von Läusen und ähnlichem Viehzeug (u.a. Bestandteil des Medikaments "Jacutin") hochgiftig und krebserregend.
Um Weiterstadt herum ist sehr viel Gelände verseucht, weil die Chemiefirma Merck ihr HCH teilweise offen lagerte (weiße Berge: vom Winde verweht und vom Regen in die Erde gespühlt), teilweise verbuddelte und teilweise, um den Abfall loszuwerden, auch in Parkhäuser und Straßen einbetonierte.

Als dann Hessens Justizminister 1977 einen Knaststandort suchte, kam das der Weiterstädter Gemeindeverwaltung wie gerufen. Das Gelände war so stark verseucht, das mensch absolut nichts mehr damit anfangen konnte. Entsorgung wäre zu teuer gewesen. Weiterstadt war ohnenhin Pleite. Also verkaufte mensch es zum Zwecke des Gefängnisbaus an Hessen, sanierte damit die Gemeindekasse und sicherte gleichzeitig verschiedenen örtlichen Baufirmen mit der richtigen Parteizugehörigkeit lukrative Aufträge während des Knastbaus.
Nachdem die geschäftliche Seite geregelt war - auch die FAG beteiligt sich finanziell am Knast - mußte der Knast noch von der hessischen Landesregierung genehmigt werden. In der saßen inzwischen die GRÜNEN, die laut Parteiprogramm gegen den Bau neuer Knäste waren.
Das änderte sich rasch. Mit ein paar soziologisch kaschierten Begrifflichkeiten, wie "Wohngruppenvollzug", "Therapieprogramm", Abschaffung der Türspione und Aushändigung der Zellenschlüssel im Wohnbereich schien die pädagogische Knastrevolution perfekt. Die GRÜNEN stimmten zu, Weiterstadt bekam seinen Hochsicherheitsknast und Joschka Fischer seinen Ministerposten.



Architektur

Der Knast liegt soweit außerhalb, daß extra eine neue Zufahrtsstraße gebaut werden mußte. Es gibt keine Busverbindung in diese Gegend. Wer später Gefangene besuchen möchte, ist auf ein eigenes Auto angewiesen.
Bisher steht die 6 km lange Mauer aus fugenlosen Betonfertigteilen (zu dem damaligen Zeitpunkt d. Red.). Vier Wachtürme sind in die 6,5 m hohe Mauer integriert. Außen vor der Mauer wird ein Erdwall aufgeschüttet, der mit Bäumen und Sträuchern so bepflanzt wird, das auch die Gefangenen im höchsten Stockwerk (3. Stock) keine Sicht nach draußen haben. Zusatzeffekt: Von der Bundesstraße aus wird der Knast nicht mehr zu sehen sein, wenn die Bäume hoch genug sind.
Eine Krankenstation und ein Sportplatz innerhalb des Geländes sind in Arbeit, weiterhin ein Heizkraftwerk, eine Großküche mit Werkstätten für Männer, ein Frauen- und zwei Männertrakte mit insgesamt 240 Haftplätzen, sowie ein Zu- und Abgangstrakt für 13 Frauen und 14 Männer. Anfang 1988 soll mit der Fertigstellung der ersten Trakte die Belegung beginnen.
Anschließend werden bis 1990 gebaut: Ein weiterer Frauen- und 3 - 5 zusätzliche Männertrakte, sowie ein zentrales Gefängniskrankenhaus für Südhessen (1987 wurde die Zahl der vorgesehenen Haftplätze auf 495 erhöht; Einweihung und Beginn der Belegung sollte April 1993 sein, aber...KAWUMM! d. Red.).

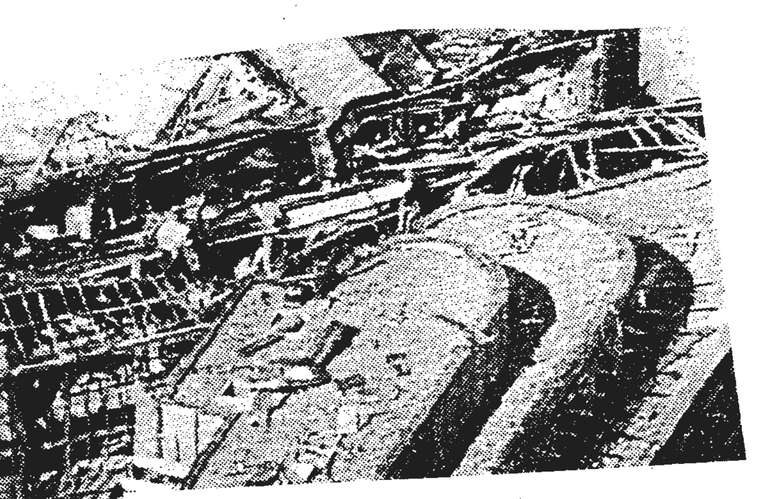


Der gesamte Knast unterliegt der höchsten Sicherheitsstufe (1). Sichtblenden an den Fenstern (Sägezahnfassaden wie in Plötzensee) entfallen, da die Architekten (Architekturbüro FORUM aus Darmstadt) gegenüber den Zellenfenstern Verwaltungsgebäude geplant haben, um unkontrollierten Kontakt von Fenster zu Fenster zu unterbinden. Die Versorgungskanäle liegen sabotagesicher in einem Schacht in der Mitte der Gebäude. Die Energieversorgung ist autark, ein Notstromaggregat bereits vorhanden.
Die politischen Gefangenen werden in Hochsicherheitstrakten wie in Stammheim untergebracht. Die sozialen Gefangenen kommen in architektonisch ähnliche Trakte in den Wohngruppenvollzug. Jede Wohngruppe ist von allen anderen Wohngruppen und Inhaftierten vollständig isoliert. Sie besteht aus 10-20 Personen, die in Einzeltrakten untergebracht sind und verfügen zusätzlich über eine Teeküche und einen Gemeinschaftsraum, sowie über einen eigenen Hof von 30x35 m.
Die Gruppenräume sind kameraüberwacht, die Zellen durch Gegensprechanlagen abhörbar. Um die Gruppen ohne Bodenberührung von einem Trakt in den nächsten verschieben zu können, sind die einzelnen Gebäude durch Plexiglasgänge im dritten Stock miteinander verbunden. Auch diese Gänge sind kameraüberwacht.



Wohngruppenvollzug

"Wir sollten unsere Gesellschaft so rekonstruieren, daß alle von Geburt an trainiert würden, selber zu wollen, was die Gesellschaft von uns fordert." (James McConnel, US-Psychologe, in seinem Bericht "Criminals can be brainwashed").
Nach genau diesem Prinzip funktioniert der Wohngruppenvollzug im Knast: Der Gefangene soll sich, sein Verhalten und jegliches der gesellschaftlichen Norm zuwiderlaufende Bedürfnis als krank akzeptieren.
Bevor die Gefangenen auf die einzelnen Wohngruppen verteilt werden, durchlaufen sie die



Einweisungsabteilung. Hier durchleuchtet ein Psychaterstab die Gefangenen nach Anpassungsbereitschaft bzw. Widerstandswille. Anhand der Ergebnisse wird ein Gutachten erstellt, das die Aufteilung der Gefangenen zu den entsprechenden Wohngruppen festlegt.
Die Wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt - angefangen von unbeugsamen und unkooperativen bis hin zu anpassungswilligen Gruppen. Das Ziel: Eine "Karriere" der Gefangenen durch Aufstieg von der untersten (=unangepaßtesten) zur höchsten (konformsten) Gruppe. Mitarbeit an der eigenen Karriere wird belohnt, gegenteiliges Verhalten wird bestraft, z.B. durch Streichung von Privilegien und Isolationshaft.
Gefangene im Frauenknast Plötzensee, die mit einem Hungerstreik für die Abschaffung des Wohngruppenvollzuges gekämpft haben, beschreiben das so : "Die Situation ist gekennzeichnet durch ein Ausmaß an Kontrolle und Repression, wie es in seiner Totalität kaum vorstellbar ist. Die Plötze ist sowohl architektonisch als auch personell so konzipiert, daß ein Kontakt zwischen den Frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte Detail registriert wird. Die Frauen werden in voneinander abgetrennte Zwangsgemeinschaften, den sogenannten Wohngruppenvollzug, gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden wie gut sie sich anpassen und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. Die schallisolierten Zellen haben eine Gegensprechanlage, durch die die Frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. Die Stationsgänge sind mit Kameras bestückt und der Gruppenraum, in dem die Gefangenen sich in ihrer Freizeit treffen, ist verglast - kurz die perfekte Überwachung jeder Lebensäußerung. Sehen die Frauen sich nicht bei der Arbeit haben sie durch die totale Abschottung keine Möglichkeit zusammenzutreffen."



Arbeitstherapie

Typisch für die neuen Knäste ist, daß für jeden Gefangenen ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht, denn es herrscht Arbeitszwang. Malocht werden muß unter frühkapitalistischen Bedingungen. In Plötzensee arbeiten die Frauen z.B. für einen Lohn von 80 Pf./Std. nach Akkordvorgabe. Wird der Akkord nicht erfüllt, gibt's 10% Lohnabzug. In der Schneiderei sind die Nähmaschinen durch Sichtblenden voneinander getrennt. Es herrscht absolutes Sprechverbot während der Arbeit. Bei Nichteinhaltung gibt es Haftverschärfung.
Therapieziel ist, die Gefangenen daran zu gewöhnen, daß es Hafterleichterungen, zwischenmenschliche Kommunikation und andere Vergünstigungen nur gibt, wenn die sklavischen Arbeitsbedingungen exakt eingehalten werden. Das ist die Dressur im Knast für ein widerspruchsloses, obrigkeitshöriges, profitvermehrendes Leben draußen.
Wer die Arbeit verweigert sitzt 23 Stunden totalisoliert in der Zelle.



Gehirnwäsche

Je konformer man sich in der Gruppe verhält, - im Sinne des Anstaltspersonals selbstverständlich - desto größer sind die Chancen auf Privilegien und vorzeitiger Entlassung wegen guter Führung etc.
Die Gruppe ist personell so zusammengesetzt, daß ein pausenloser Konkurrenzkampf zwischen den Gefangenen eingeplant ist. Wichtig ist, die vorgegebenen Werte der Knastleitung und des psychologischen Stabes zu akzeptieren. Mehr noch: sie zu verinnerlichen.
Die Werte wechseln selbstverständlich je nach gesellschaftlicher oder politischer Notwendigkeit.
Du bist der Meinung, Aufrüstung schade dem Frieden? Natürlich Unsinn, weil: Jeder weiß, daß es ohne Aufrüstung keinen sicheren Frieden geben kann. Du denkst, im Supermarkt eine Salami zu klauen sei für einen Sozialhilfeempfänger legitim? Gefährlicher Gedanke, weil: Erstens werden damit Straftaten gebilligt und zweitens leidet bei uns niemand soviel Not, daß er stehlen müßte.

Du bist mit den Gegenargumenten nicht einverstanden? Solltest Du aber, weil: Wer an seiner geistigen Gesundung nicht mitarbeitet und die Normen nicht akzeptiert, sitzt in völliger Isolationshaft rund um die Uhr.
Du plapperst einfach ihr Geschwafel nach, um Deine Ruhe zu haben? Reicht nicht, denn: Die Gesellschaft braucht **aktive Bürger** - also überzeuge Deine Mitgefangenen von Deinen neuen Einsichten und melde sie, wenn sie allzu heftig widersprechen.

Isolation nach Außen

Um ungestört ihre Programmen an den Gefangenen durchziehen zu können, sind die Gefangenen nicht nur untereinander streng isoliert (in Plötzensee gibt es beispielsweise in den Wohngruppen noch verschiebbare Trennwände, um flexibel isolieren zu können), sondern der Knast ist auch nach außen völlig abgeschirmt. Weiterstadt hat die Isolation so gut drchkonzipiert, daß der Knast auch auf dem Mond stehen könnte, so abgeschottet sind die Gefangenen von der Umwelt.
Besuche ohne Auto sind unmöglich. Anwaltskontakte sehr schwer, weil es in der Gegend kaum welche gibt und Mandantenbesuche deshalb mit langen Anfahrtswegen für Anwälte verbunden sind. Arztbesuche - etwa Ausführungen zu Spezialisten - entfallen ebenfalls, da das integrierte Knastkrankenhaus alle Behandlungen durchführen kann: von der Zwangsernährung während eines Hungerstreiks bis zur Isolierung von AIDS-Infizierten in Quaratänestationen. Auf einen Arzt ihres Vertrauens werden die Gefangenen in Weiterstadt verzichten müssen, und wer die ärztliche Versorgung im Knast (etwa in Darmstadt-Eberstadt) kennt, weiß, daß sie davon selten gesünder werden.
Gerichtsverhandlungen können auch im Knast durchgeführt werden. Entsprechende Räumlichkeiten - z.B. eine Mehrzweckhalle - sind vorhanden. Auch diese Möglichkeit erinnert an Stammheim und die Prozesse, die dort weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden.
Strategisch wichtig für den Weiterstädter Knast ist noch seine Anbindung an zwei Autobahnen. Gefangene können, ohne durch bewohnte Gebiete transportiert werden zu müssen, gleich über den anliegenden Autobahnzubringer verschubt werden. Der Frankfurter Flughafen ist 10 Autominuten entfernt und Weiterstadt damit auch als Abschiebeknast hervorragend geeignet.



Hintergrund

Knäste wie Weiterstadt un Plötzensee gibt es in den Staaten schon länger. Auch in Europa (Frankreich und England z.B.) werden sie zur Zeit gebaut. Hier werden die Erfahrungen mit den

politischen Gefangenen, die seit Jahren der Isolationshaft ausgesetzt sind, ausgewertet und verallgemeinert. Hier fließen die wissenschaftlichen Ergebnisse aus den Bereichen sensorische Deprivation, Gehirnwäsche, Isolationshaft und Gruppendynamik zu einem architektonisch-soziologischen Zerstörungsprogramm der weißen Folter zusammen. Es sind NATO-Projekte. Sie werden von den Herrschenden auch als solche, d.h. als Kriegsknäste, begriffen. Für den Krieg nach innen, den Krieg gegen die Teile der Bevölkerung, die immer stärker in Widerspruch zur staatlichen Vernichtungspolitik geraten.
Weiterstadt und Plötzensee sind in der BRD erst der Anfang der neuen High-Tech-KZ's: Sobald in Weiterstadt mit der Belegung begonnen werden kann, werden Gefangenen aus Frankfurt-Preungesheim nach Weiterstadt gebracht, Preungesheim teilweise abgerissen und nach neuem Stand aufgebaut. Andere Knäste dieser Art werden folgen.

Das Kommando Katharina Hammerschmidt der RAF schreibt in seiner Erklärung vom 30.03.1993:"der weiterstädter Knast steht exemplarisch dafür, wie der staat mit den aufbrechenden und sich zuspitzenden widersprüchen umgeht: gegen immer mehr menschen knast, knast, knast - und er steht als abschiebeknast für die rassistische staatliche flüchtlingspolitik.
in seiner technologischen perfektion von isolation und differenzierung von gefangenen menschen ist er modell für europa.
weiterstadt war neben berlin plötzensee der zweite völlig neu konzipierte hochsicherheitsknast in der brd. mit begriffen wie "wohngruppenvollzug" wird er, mit seinem hochsicherheitstrakt für frauen, als das "humanste gefängnis" in der brd dargestellt. hinter diesem begriff verbirgt sich jedoch ein wissenschaftlich weiterentwickeltes konzept zur isolierung, differenzierung und totaler kontrolle der gefangenen. es ist das prinzip von belohnung und bestrafung in high-tech form, das die gefangenen zur disziplinierung und unterwerfung zwingen und letztlich ihre "mitarbeit", sich selber zu brechen, erreichen soll.
das elektronische überwachungssystem war wohl das teuerste und perfekteste in ganz europa, mit dem jede äußerung und bewegung der gefangenen kontrolliert werden und zur auswertung für die psychologischen programme benutzt werden sollte, um jede regung von solidarität, freundschaft und selbstbestimmter organisierung zerstören zu können"





Wer nicht liest, ist selber schuld!

Bücher zum Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder

Die in den letzten Wochen vermehrt geführten Diskussionen in "der Szene" um sexuellen Mißbrauch von Kindern und Vergewaltigungen sind der Anlaß, an dieser Stelle vier Bücher zum Thema Vergewaltigung bzw. sexueller Gewalt vorzustellen. Die Auswahl erfolgte nach subjektiven Kriterien, ist damit natürlich unvollständig und ein möglicher Einstieg unter anderen.

1:0
Susan Brownmiller
"Gegen unseren Willen"
Fischer Taschenbuch Verlag 18,90 DM

Obschon das Buch bereits 1975 in den USA erschienen ist, hat es 18 Jahre später nichts von seiner Aktualität verloren: "Vergewaltigung und Männerherrschaft" ist der Untertitel der deutschen Übersetzung, doch Susan Brownmiller setzt in 10 Kapiteln auf über 300 Seiten einen anderen Akzent, nämlich "Männerherrschaft durch u.a. Vergewaltigung". Sie weist nach, daß Vergewaltigungen von Frauen kein Ergebnis fehlgeleiteter männlicher Sexualität oder unkontrollierter Triebe ist, sondern neben anderen kulturellen und sozialen Zurichtungen ein Teil patriarchaler Gewaltverhältnisse vor allem gegen Frauen darstellt.
Brownmiller vertritt die (plausible) These, daß sich dieses Gewaltverhältnis bereits in der Frühzeit der Herausbildung sozialer Systeme begründete:" Es ist dem Bauplan der Geschlechtsorgane, um den man nicht herumkommt, zuzuschreiben, daß der Mann der natürliche Verfolger des Weibes war und die Frau seine natürliche Beute. Die Frau kann nicht nur in einem Akt widerlichster körperlicher Unterwerfung genommen werden (...), sondern sie kann bei einem solchen brutalen Kampf auch verletzt oder an den Folgen sterben (...). Die Angst der Frau, Freiwild der Männer zu sein, wäre dann der wirkliche Grund für ihre Unterwerfung durch den Mann, der wichtigste Schlüssel zum Verständnis ihrer historischen Abhängigkeit, ihrer Domestikation in der beschützenden Ehe, und nicht natürliche Neigung zur Monogamie, zur Mutterschaft oder Liebe." Damit wird die permanente Vergewaltigungsdrohung zum Teil sozialer Herrschafts- und Machtsicherung: die Frau als verfügbarer "Besitz" von Männern.
Brownmiller zieht Untersuchungen heran, die belegen, daß Gruppenvergewaltigungen z.B. in vielen Kulturen ein Mittel sozialer Kontrolle sind, "um Frauen zur Räson zu bringen". Zusätzlich gestützt werden diese Erkenntnisse über Gewalt- und Machtzusammenhänge durch die Kenntnis der Rolle von Vergewaltigungen unter Männern in Knästen, in denen durch das Vergewaltigen Hierachien und Machtgefüge errichtet und abgesichert werden.
In der Vergangenheit waren Vergewaltigungen "überhaupt" nur strafbar, wenn durch die Tat ein Mann sich am "Besitz" eines anderen Mannes (Vater oder Ehemann) verging - Frauen ohne Lobby galten ohnehin als "Freiwild, auf jeden Fall aber immer als mitschuldig. Dies ist bis in die Gegenwart eine gezielte Männerstrategie, die noch immer funktioniert: die Täterentlastung durch die Verschiebung des Täter-Opfer-Verhältnisses zum Nachteil der Frau.
Eines macht Brownmiller in ihrer Untersuchung von patriarchaler Gewalt und den damit verbundenen Gewaltstrukturen deutlich: Vergewaltigung ist immer Gewalt gegen den Willen der Frau und jede Vergewaltigung beginnt im Bewußtsein des einzelnen Täters.

2 : 0
Harry Friebel
"Die Gewalt, die Männer macht"
Rowohlt Taschenbuch Verlag 14,80 DM

"Ich habe diese Lese- und Handbuch zur Geschlechterfrage geschrieben, weil ich das Gewaltverhältnis zwischen Mann und Frau permanent sehe, weil ich mich an dieser Normalität stoße...", schreibt Harry Friebel in der Einleitung zu seinem Buch. Während Brownmillerin ihrem Buch den Bogen vor allem von den historischen Wurzeln bis in die Gegenwart spannt, setzt Friebel in erster Linie bei der Herausbildung ideologischer Voraussetzungen bürgerlich-patriarchaler Gesellschaftsstrukturen der letzten 100 Jahre an.
Im ersten Abschnitt "Kultur und Gesellschaft: Hierachisierung der Zweigeschlechtlichkeit" formuliert Friebel die ideologischen Grundgehalte der aktuellen bürgerlich-patriarchalen Strukturen kapitalistischen Zuschnitts:vor dem Hintergrund der wissenschaftlich-kulturellen Einschreibung "Der Mann als Norm, dei Frau als Abweichung" haben Soziologie (die sog. Funktionalisten wie Parsons), Entwicklungspsychologie (Piaget und Kohlberg) und die klassische Psychoanalyse (Freud) die Legitimation für Männerherrschaft und Frauenunterdrückung geschaffen. Die Vermittlung der dadurch geschaffenen "Werte" vollzieht sich dann auf verschiedenen Ebenen. Die geschlechtsspezifische Sozialisation von Mädchen und Jungen nach "männlichen Dominanzmustern" und "weiblichen Einschränkungsmuster", die Schule und der Beruf sind weitere Stationen in der Einübung von Geschlechterstereotypen.
Ziel dieser Sozialisationsinstanzen ist die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Friebel im zweiten Abschnitt seines Buches skizziert. Erwerbsarbeit des Mannes als Norm, die Frau als Hüterin von Haus und Kindern als sogenannte natürliche Arbeitsteilung ist die ökonomische Voraussetzung der Sicherung des Patriarchats.



Von dort aus ist es nur noch ein kleiner Schritt zur gewaltförmigen Herrschafts- und Machtsicherung dieser Ordnung, die sich als direkte/personale Gewalt (Vergewaltigung, sexueller Mißbrauch und Mißhandlungen) und indirekt/strukturelle Gewalt (Sexismus,Diskriminierung,Sprache) präsentieren. Im letzten Teil seines Buches versucht Friebel eine Perspektive für eine Geschlechteremanzipation zu entwickeln:"Denn weil die miesen Verhältnisse der Geschlechterdifferenz sozial gemacht wurden, können sie auch nur sozial (d.h. von beiden Geschlechtern) überwunden werden." Zum Ende fällt Friebel mit dieser Absicht ein wenig hinter den restlichen Teil seines Buchs zurück, aber er befindet sich im dem bekannten Dilemma, daß jede befreiende Utopie angesichts der deprimierenden Realität auf wackeligen Beinen steht.

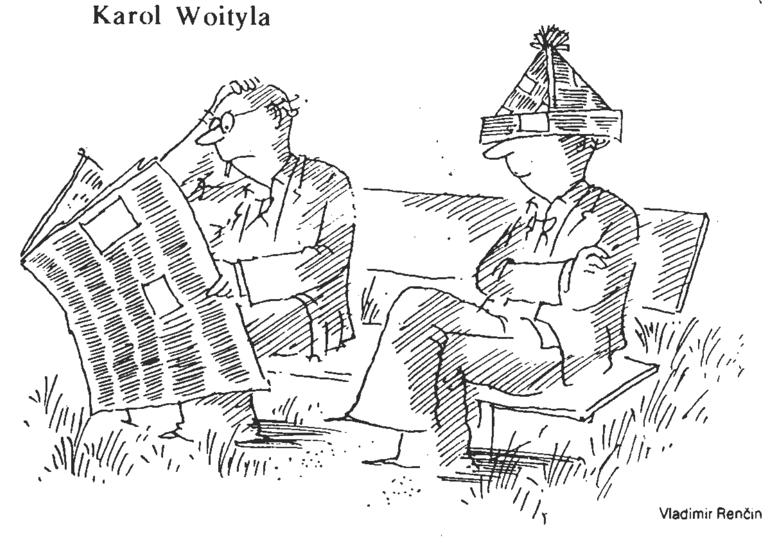
3 : 0
Eberhard Schorsch
"Kurzer Prozeß ?
Ein Sexualstraftäter vor Gericht"
Klein Verlag 28,- DM

Die Vorstellung dieses Buchs mag mancher/manchem in diesem Zusammenhang als eine gedankenlose Provokation vorkommen, doch die Reflektion der gewaltförmigen Verhältnisse in der Gesellschaft muß sich auch mit der Täterseite auseinandersetzen. Und da ist der 1991 gestorbene Sexualforscher und Gerichtsgutachter Eberhard Schorsch nicht die schlechteste der denkbaren...
In seinem schmalen Band "Kurzer Prozeß?" legt er den Fall eines zweifachen Vergewaltigers und Mörders dar, in dem er als gerichtlich bestellter Gutachter tätig war. Seine Aufgabe sah er "...darin, einen möglichst umfassenden Verständniszusammenhang herzustellen und klarzumachen zwischen der Persönlichkeit, ihrer Biographie, dem inneren Kräftespiel von Ängsten, Konflikten, Abwehrmechanismen, Impulsen und der Straftat. Vor allem dem Sachverständigen obliegt es , den humanen Aspekten in dem formalen Ritualen des Strafverfahrens zur Geltung zu verhelfen, die Dimension des Subjekts in das Blickfeld zu bringen."
Mensch mag zunächst stutzen:"humaner Aspekt", "Dimension des Subjekts" ? Solange Frauen in Gerichtssälen zum zweiten Mal Opfer werden durch patriarchale Justiz, scheint die Fürsorge und der Blick auf den Täter unangemessen und zynisch. Dem hält Schorsch entgegen, daß der Grundwiderspruch des patriarchalen Systems in bestimmter Hinsicht Täter und Opfer betrifft: patriarchale Macht bezieht ihre Legitimation aus der Festschreibung der Opferrolle für die Frau (Objekt männlicher Justiz) und die gleichzeitige Stigmatisierung des Täters als systemschädlich. Dazu Schorsch:"Bei dieser Differenzierung ist es geblieben, ohne das der Akt des Differenzierens selbst, die Definitionsmacht der Justiz und der Gesellschaft als eine Form von Gewalt und Willkür betrachtet... wird (...) Mit dieser Definitionsmacht wird eine Gruppe geschaffen, auf die sich die gesammelte Wut richten kann, auf die sich die solchermaßen legitimierte Gewalt entlädt." Und zumindestens kein "normaler" Mann braucht sich über seine Teilhabe an den Gewaltverhältnissen mehr Gedanken zu machen.
Mit Eberhard Schorschs Gedanken gewinnt der Versuch, wie er derzeit durch das Projekt Jäpa versucht wird, mit Tätern umzugehen, an Gewicht. Und damit die Auseinandersetzung um die Frage, welchen "Spielraum" die aktuellen patriarchalen Gewaltverhältnisse dabei zulassen.

3 : 1
Reiner Gödtel
"Sexualität und Gewalt"
Hoffmann und Campe 39,- DM

"Viele Frauen, besonders Feministinnen, sind der Meinung, daß immer, wenn ein Mann etwas über Gewalt in der Geschlechterbeziehung schreibt, purer Sexismus herauskommt." - da wollte Reiner Gödtel, Gynäkologe und Sachverständiger für Sexualstraftaten, wohl mit seinem Buch mit dieser "Verpflichtung" nicht brechen. Denn sein Buch ist das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt wurde! Vergewaltigung definiert er z.B. als "...Geschlechtsverkehr, der gegen den Willen eines Partners (!) durchgeführt wird." In einer Fallbeschreibung heißt es: "...Auf dem Nachhauseweg(...) haben drei Neger (!) ihr angeboten, sie im Jeep nach Hause zu fahren..". Unterdem Stichwort "Die Täterpersönlichkeit" fabuliert Gödtel über den typischen Vergewaltiger: "...Aber auch (!) gewaltätige Männer sind verletzlich und hilflos. Auch (!) sie wollen im Grunde die Liebe und Zuwendung der Frau. Auch (!) sie spüren wohl weit weg eine Sehnsucht nach Verstanden werden, nach Nähe...". Schließlich widmet Gödtel ein ganzes Kapitel dem Problem "Grenzfälle zur Vergewaltigung und Provokation", wobei "Provokation" Fälle meint, "wo der Frau eine gewisse Mitschuld beim Zustandekommen der Tat anzulasten ist.". Ach ja: "Diese Feststellung hat nichts mit typisch männlicher sexistischer Einstellung und versuchter Entschuldigung des Täters zu tun, wie manche Feministinnen meinen.". Usw., usf. ...
Was Gödtel auf 300 Seiten zu Papier bringt, ist Dreck aller erster Güte. Im Kapitel zum sexuellen Mißbrauch von Kindern und vor allem Mädchen, bringt er im ersten Fallbeispiel zum Thema die Geschichte einer Vater-Tochter-"Beziehung", wo der anfängliche Mißbrauch des Vaters sich umgekehrt habe, wie Gödtel zu berichten weiß:"... Die Tochter verführte ihren Vater, wenn sie Lust dazu verspürte und überforderte ihn mit ihrem häufigen sexuellen Verlangen.". Die Liste der Ungeheuerlichkeiten dieses "Buches" ließe sich noch seitenlang fortsetzten. Für dieses Machwerk gilt die abschließende Empfehlung: Klauen und dann sofort ins Altpapier damit!!

Karol Woityla


Vladimir Renčin

Marek Edelmann, "Das Ghetto kämpft", Harold Kater 1993, 14,80 DM

Gernot Jochheim, "Frauenprotest in der Rosenstraße - Die Rettung hunderter Juden in Berlin 1943", Edition Hentrich 1993, 24,80 DM

Chaika Grossmann, "Die Untergrundarmee - der jüdische Widerstand in Bialystok", Fischer 1993, 19,90 DM



Zum Beispiel Kreuzviertel :

In dem von den Akteuren selbstgeschriebenen Stück sollen in einigen Szenen die Probleme und Konflikte wiedergegeben werden, welche das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen mit sich bringen kann. Das Anliegen der Akteure ist es, Probleme darzustellen und aufzuzeigen, daß es sie gibt. Das Stück entstand vor dem Hintergrund der Medienhetze gegen die Roma. Die jüngsten Ereignisse der letzten Monate haben die Aktualität dieser Problematik auf erschreckende Weise verdeutlicht.
Aufführungstermine : 25. und 26. Mai im teatron, Glashüttenstraße jeweils, um 19.00 Uhr (wahrscheinlich).

Radio LORETTA Sendungen auf 96 Mhz :

8.5. Folk
15.5. zum Loretta Festival am 21.5 u.a. mit Messer Banzani (Ska Reggae) und Proll (Hey Punk, Ich hab keine Mark für dich)
22.5. Walkabouts; Musik aus Euskadi
Uhrzeit dieser 3 Termine ist jeweils von 21-22 Uhr.
Jeweils von 22-23 Uhr auf 96.00 Mhz:
3.5. Moderne Klassik
5.5. Jan und Jans Kulturstunde
12.5. 3 Songs von Frank Zappa
17.5. Should Singer live? (Singer ist ein Neoeugeniker aus Australien, der ein Lebensrecht aller Menschen welche nicht seiner Norm entsprechen negiert und dessen neuestes Buch jetzt vom Rowohltverlag in der BRD veröffentlicht wird)
19.5. BALADRE: Die Koordination gegen Arbeitslosigkeit und Armut im Spanischen Staat organisiert einen zentrale Demonstration, an der Leute aus mehreren Ländern teilnehmen.
26.5. Hörspiel: "Wir spielen Biedermann und die Brandstifter"



Nummer 14, Mai 1993

LETZTE FLORA KURZMELDUNG:

Das Flora-Info-Cafe ist jeden Donnerstag von 16.00-19.00 Uhr in der Volxküche geöffnet. Hier könnt ihr alle eure Fragen zur Flora loswerden und mit ein bisschen Glück kriegt ihr auch eine Antwort.

FLORA-SPENDENKONTO
Konto: Rote Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20
Ktonr. 29492/202

Das Archiv der sozialen Bewegungen und das Foto-Archiv-Kollektiv haben jetzt regelmäßig in der Roten Flora geöffnet. Nutzt das Archivmaterial für Eure politische Arbeit !! Öffnungszeiten : Montag, Mittwoch, Donnerstag jeweils 16.00 - 19.00 Uhr (bei genauen Nachfragen zum Foto-Archiv, das Kollektiv ist mittwochs in der Flora zu erreichen).



STÄNDIGE TERMINE IN DER ROTEN FLORA

Mo 16.00 - 19.00 Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
17.00 - 20.00 Motorradgruppe
19.00 Vokü
Di 16.00 - 18.00 Veranstaltungsgruppe Sprechstunde
20.00 Radio St.Paula (Plenum, nur für Frauen)
Mi 16.00 - 20.00 Häusercafé
16.00 - 19.00 Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
jeden 1. Mittwoch im Monat,21.00 Uhr offenes Treffen der Antifa- Schanzenviertel
Do 16.00 - 19.00 Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
16.00 - 21.00 Info-Café
19.00 Vokü
17.00 - 19.00 Druck-Offset-Gruppe
Fr 19.00 Vokü
Sa 16.00 -19.00 Fahrrad- Selbsthilfe
So 19.00 alle 14 Tage vegane Vokü

ADRESSEN

Rote Flora: Schulterblatt 71, 2000 Hamburg 36 Tel.4395413
B5: Brigittenstr.5, 2HH 36
Klausstraße: Klausstr. 12-16, 2HH50
LIZ (Libertäres Zentrum): Lagerstr. 27, 2HH36 Tel.4301396
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 2HH36 Tel.446095
Störtebecker: Bernhard-Nocht-Str., 2HH36
Tante Hermine, Hafen Vokü, Ahoi: Hafenstr., 2HH36
Café Frau Döse: Bartelsstr.10, 2HH36 TEL.4304590
Turm: Bergiusstr.12, 2HH50
Jäpa: Wohlwillstr.22 (Hinterhof Jägerpassage), 2HH36
B-Movie: Brigittenstr.5, 2HH36
Lobuschstraße: Lobuschstr., 2HH 50 (Nähe U-Bahn Altona)
Haus 3: Hospitalstr.107, 2HH50
KSK: Kleiner Schäferkamp 46 ,2HH36

VOKÜPLAN

Mo: 19.00 Flora
19.30 Hafen
20.00 Jäpa (vegetarisch)
Di 20.00 alle 2 Wochen B5 (vegetarisch)
19.30 Hafen
Mi 20.00 Klausstr. (vegetarisch)
19.30 Hafen
Do 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
Fr 20.00 Turm (vegetarisch)
19.30 Hafen
19.00 Flora (vegetarisch)
So 19.00 Flora (vegan) (14 tägig)
19.00 KSK (vegan) (14 tägig)

VERANSTALTUNGEN UND TERMINE IM MAI

03.05. 21.00 Uhr
"Sedition und One by One", Hardcore aus G.B. Keller

06.05. 21.00 Uhr - *"Vollmondorchester"*

11.05. 21.00 Uhr
"Achive Minds" (U.K.) + *"Säurebrenner"* (HH), Keller

12.05. 20.00 Uhr
Sahara libre!
Der vergessene Krieg des sahrauischen Volkes für die Freiheit

13.05. 19.30 Uhr
"aufregendes Kulturprojekt?" eine Ton-Dia-Schau zur Geschichte und aktuellen Arbeit der Roten Flora mit Diskussion, Leon Cavallo Raum

21.05. 19.00 Uhr
Veranstaltung zum *"Marsch gegen Arbeitslosigkeit und Armut"* in Spanien und um **21.00 Uhr Konzert** mit einer baskischen Band *"Parada de Bues"*, aus Gasteiz (beides große Halle)

29.05. 21.00 Uhr
Irish Folk Konzert mit *"Blarney Pilgrims"*, große Halle

Sahara libre! 12.05., 20.00 Uhr Rote Flora und 27.05., 20.00 Uhr Ahoi im Hafen

Seit der Flucht 1975 vor den Napalm- und Splitterbomben des marokkanischen Diktators Hassan II, organisieren die sahrauischen Flüchtlinge ihr Überleben in der Wüste Algeriens. Sie leisten erbitterten Widerstand gegen das NATO-gestützte, marokkanische Regime mit dem Ziel, als freie "Töchter und Söhne der Wolken" in ihr Land - die Westsahara - zurückzukehren.
Ende Mai läuft das letzte UNO Ultimatum aus. Was wird passieren?
Wie ist die momentane Situation der Flüchtlinge in den Lagern in Tindouf/Algerien?
Über unseren Besuch in den Flüchtlingslagern im März und unsere Gespräche mit Vertretern der Frente Polisario möchten wir Euch mit Bildern berichten.

"Blarney Pilgrims" 21.05., 21.00 Uhr, in der Flora

Endlich ist es soweit: am 29.5. werden die "Blarney-Pilgrims" mit original Irish Folk in der Flora für Stimmung sorgen.
Die Glasgower Jungs werden den Abend allein bestreiten, da sie, wie es sich für eine ordentliche Folk-Band gehört, ein abendfüllendes Programm haben.
Dieses Konzert ist eine Co-Produktion mit dem St. Pauli Fanladen.

Konzerte im Störtebeker:

10.Mai, 21.00 Uhr:
Rattle Rats (Berlin), Experiment (USA), Jugheads Revenge (USA)

21. Mai, 21.00 Uhr:
Mauser FK (NL)

Das Männercafe im Mai:

4.5. Kneipe
11.5 offenes Männercafeplenum
18.5 Diskussion zu Vergewaltigung
25.5 Film "Bankrotterklärung-Mutter in der Scene"

Das Männercafe hat jeden Dienstag ab 17.00 Uhr auf. Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.00 Uhr.
Die Beteiligung, der Besuch von vielen Männern ist im Sinne der Weltrevolution ausdrücklich erwünscht.
Männercafe im Döse, Bartelsstraße 10, 2 HH 36

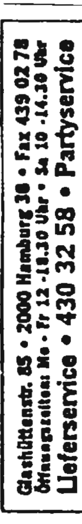
(Wir bedauern als Redaktion, daß die Anzeige des Männercafes nicht politisch begründet ist. So bleibt das Wort "Weltrevolution" unhinterfragt und deren Notwendigkeit wird nicht in Bezugnahme auf rassistische, sexistische und kapitalistische Züge des imperialistischen Patriachats erörtert.)

Mit "Frau Döse" in den Frühling!

Es ist soweit! Ab jetzt wird es jeden Samstagabend endlich einen Kneipenabend im Café Döse geben.

Die große Eröffnungsparty findet am 1.Mai statt. Beginn um 21 Uhr, natürlich im Café Döse, Bartelsstr.10

Die Idee des Kneipenabends ist aus strukturellen und finanziellen Schwierigkeiten entstanden. Wir wollen hiermit mehr Öffnung nach außen und hoffen, daß auch neue Leute den Weg ins Café Döse finden.
Wir sind bisher ein kleiner Kreis für den Samstagabend und suchen natürlich noch Leute, die verbindlich Tresenschichten übernehmen wollen.
Also, alle die Lust haben, in einem kleinen witzigen Stadtteilcafé Getränke auszuschenken, können sich Samstags am Tresen im Café Döse melden.





Schanzenstern

ÜBERNACHTUNGS UND GASTHAUS GMBH

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN........

53 Betten in Ein-, Zwei- und Vier-Bett Zimmern.

Behindertengerechte Duschen und Toiletten

Gruppenraum von 30 qm.

Restaurant / Cafe im Erdgeschoß

Frühstücksbuffet

Bartelsstr. 12 2000 Hamburg 36
Tel. 040/ 4398411



TÜCHER
TEE. TEXTILIEN.
SCHMUCK. LEDER.
AETHERISCHE OELE.

MITALI

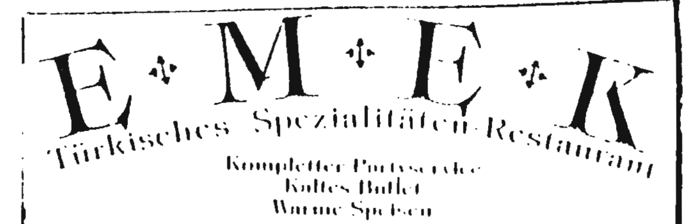
Feinster Tee & Geschenke
MARKT STR—94
2000 Hamburg - 36
Tel. 040/4301388

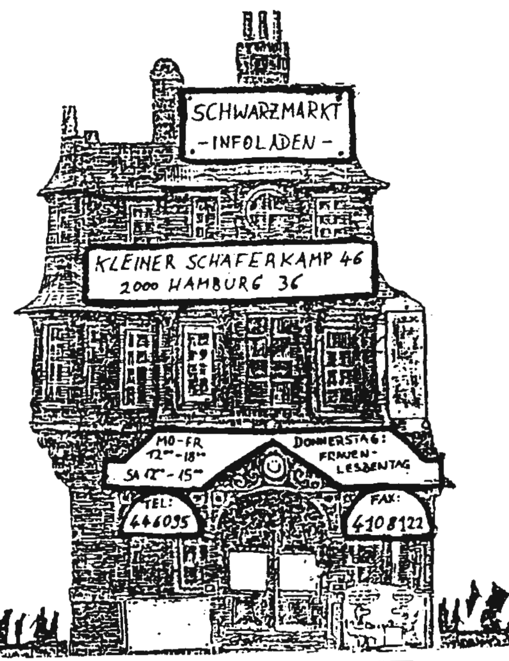


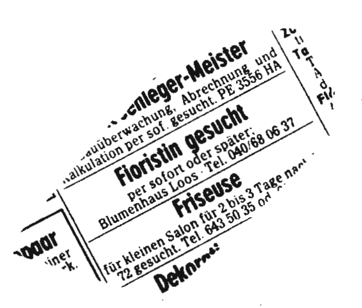


Wir drucken im Siebdruck ab einer Auflage von 5 Stck. Eure Motive schnell, günstig und bunt auf erstklassige T-Shirts, Sweat-Shirts und Stoffe aller Art.

Tel.: 390 67 46





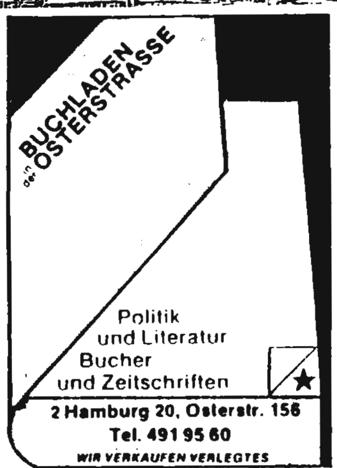


KOPIERLADEN
IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser Farbkopien,
Telefaxservice, Zauberartikel,
Schreibwaren
Nacht und Wochenend
Notdienst, nach Absprache
Bartelsstrasse 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo Fr 9 18.30 Uhr
Sa 10 14 Uhr







DEMO AM TAG X IN HAMBURG 17.00 Uhr Moorweide

IN BONN:

Bisher stehen die folgenden Aktionen des Städteplenums und der anderen Organisationen, die zur Blockade des Bundestages aufrufen, fest.

6.00 Uhr	Treffpunkt des Städteblocks am Kundgebungsort Kunstmuseum Auftaktkundbebung bis 7.00 Uhr
ab 7.00 Uhr	Besetzung der Blockadepunkte
7.00–8.00 Uhr	Kundgebung der Gruppe Ziviler Ungehorsam
ab 8.00 Uhr	Dauerkundgebung des Trägerkreises Aktion Asylrecht vor dem Kunstmuseum mit Redebeiträgen zu jeder vollen Stunde
ab 9 Uhr	Gottesdienst am Bundestag
14.00 Uhr	Kundgebung vor dem Kunstmuseum

Während der ganzen Zeit wird es am Kundgebungsplatz vor dem Kunstmuseum Informationen über den Stand der Blockade geben.

Koordinierungstreffen für die Leute, die nicht nach Bonn fahren, aber am Tag X in HH was machen wollen: Montag, 10.5.93 19 Uhr Rote Flora

Bundestagsblockade Tag X

Die geplante Änderung des Grundgesetzartikels 16 - des Rechts auf Asyl - stellt den vorläufigen Höhepunkt einer rassistischen Entwicklung in Deutschland dar. Die Verfassungsänderung bedeutet faktisch die Abschaffung des Asylrechts. Wir schauen nicht weg, wenn MigrantInnen auf der Straße oder in ihren Wohnungen angegriffen werden, und wir werden auch nicht tatenlos zusehen, wenn die regierungs- und Oppositionsparteien die Abschottung Deutschlands gegenüber den flüchtlingen aus aller Welt und die Verfolgung und Ausgrenzung der hier lebenden MigrantInnen in legale Formen gießen.

Wir rufen daher für den Tag der dritten Lesung der Änderung des Art. 16 GG zur Blockade des Bundestages in Bonn auf!!
fettfettfett!!!größer!

Waan genau die Entscheidung des Bundestages fallen wird, ist bisher noch nicht bekannt. Wir können aber davon ausgehen, daß die Abstimmung wahrscheinlich am 13. oder 27. Mai stattfinden wird. Sobald wir das genaue Datum wissen, werden wir es auf Flugblättern, Plakaten und mit Zeitungsanzeigen bekannt machen.

Aber auch wenn der genaue Termin noch nicht steht, ist jetzt schon klar, daß es aus Hamburg Busse geben wird, die am Tag der Entscheidung nach Bonn fahren werden. Für diese Busse gibt es jetzt schon Fahrkarten zu kaufen; und zwar zum Preis von 36,- DM an folgenden Stellen:

- Infoladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46a
- Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55
- Buchladen Osterstraße, Osterstraße 156
- Buchladen Nautilus, Zeisehallen
- Volxcafé, Philturm, Von Melle Park
- Café Knallhart, HWP

Wieviel Busse fahren, wird davon abhängen, wieviele Fahrkarten jetzt schon gekauft werden. Also wartet damit nicht bis zu letzten Moment!

Vier Tage vor der Blockade wird es ein großes Plenum in der Flora mit den neuesten Infos geben. Dort werden dann auch die Abfahrtszeiten der Busse feststehen.
Weiterhin gibt es jeweils aktuelle Informationen beim Antirassistischen Telefon (43 15 87) sowie beim bundesweiten Infotelefon (0202/311 790)

HERAUS ZUR BUNDESTAGSBLOCKADE!!!

INFOVERANSTALTUNG: Do, 6.5. 18 Uhr
Volxcafé, Philturm, Uni

Vorbereitungstreffen für Frauen/Lesben:
11.5. 19 Uhr Haus für alle